



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

17. Jahrgang · Heft 12

Dezember 1965

Grafik des Monats: Betriebe und ihre Umsätze 1964

Aufsätze: **34** Bundestagswahl 1965 (Teil 2)

Wanderungen 1964

Handelsdüngeraufwand

35 Personal im öffentlichen Dienst

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

ANTEILE DER WIRTSCHAFTSBEREICHE AM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1964	1965	Veränderung in %
		Monatsdurchschnitt Mai bis Sept. ¹		
INDUSTRIE				
Produktionsindex	1958 = 100	129	136	+ 6
Beschäftigte ²	1 000	174	178	+ 2
Umsatz ^{2 3}	Mill. DM	672	741	+ 10
Geleistete Arbeiterstunden ^{2 4}	Mill. Std.	23	23	+ 2
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT				
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	11,4	p 10,9	- 4
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	2 204	2 722	+ 24
HANDEL				
Ausfuhr	Mill. DM	91,0	112,1	+ 23
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	66,4	82,6	+ 24
VERKEHR				
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 341	6 102	+ 14
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)				
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1958 = 100	97,5	100,2	+ 3
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958 = 100	102,7	106,0	+ 3
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte	1962 = 100	101,4	104,1	+ 3
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63 = 100	103,2	112,7	+ 9
Lebenshaltung ⁵				
insgesamt	1962 = 100	105,4	109,4	+ 4
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	105,1	110,1	+ 5
GELD UND KREDIT				
Bestand an				
kurzfristigen Krediten ⁶	Mill. DM	1 931	2 043	+ 6
mittel- und langfristigen Krediten ⁷	Mill. DM	5 001	5 701	+ 14
Spareinlagen ⁸	Mill. DM	2 527	2 936	+ 16
STEUERAUFKOMMEN				
Umsatzsteuer ⁹	Mill. DM	49	54	+ 10
Landessteuern ¹⁰	Mill. DM	74	78	+ 5
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	42	44	+ 5
Lohnsteuer	Mill. DM	43	43	- 0

1) bei "Verkehr" und "Geld und Kredit": April bis August 2) in Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten
3) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 4) einschl. Lehrlingsstunden 5) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommendes alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach Verbrauchsverhältnissen von 1962 6) an die Nichtbankenkundschaft 7) an die Nichtbankenkundschaft; einschl. durchlaufender Kredite 8) Bestand am Monatsende 9) einschl. Umsatzausgleichsteuer 10) einschl. Landesanteil an den Einkommensteuern

INHALT 12/65

Aktuelle Auslese	265
Aus dem Inhalt	266
Aufsätze	
Die Bundestagswahl 1965 (Teil 2)	267-272
Die Wanderungen im Jahre 1964	272-279
Handelsdüngeraufwand in Schleswig-Holstein, den Bundesländern und den EWG-Ländern	279-284
Das Personal im öffentlichen Dienst 1964	284-288
Grafik des Monats	276-277
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B - Industrie -	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Monaten

Heft 1/1965

Kraftfahrzeugsteuer 1964
Sterbefälle und Todesursachen
Mechanisierung Landwirtschaft
Ausfuhr 1962 und 1963
Preise für Speisen und Getränke

Heft 2/1965

Bruttoinlandsprodukt der Kreise
Verlangte Einkommen 1961
Bauhauptgewerbe 1964
Fremdenverkehr 1963 und 1964
Erwerbspersonen am Arbeitsort
Vermögensbildung der Arbeitnehmer

Heft 3/1965

Landeshaushalt 1965
Straffälligkeit 1963
Baulandmarkt
Personalstruktur Gewerbe

Heft 4/1965

Schülerbewegung in den Volksschulen
Milcherzeugung und -verwendung
Güterverkehr Wasser 1963
Einkünfte der freien Berufe
Preise landwirtschaftlicher Betriebsmittel

Heft 5/1965

300 Jahre Universität
Wirtschaftsräumliche Gliederungen
Krankenstand 1949 bis 1964

Heft 6/1965

Berufspendler nach dem Zeitaufwand
Betriebsstruktur im Gartenbau
Strukturveränderung Handwerk
Höhenlagen
Vertriebene in der Wirtschaft
Postleistungen 1964

Heft 7/1965

Preisindex für die Lebenshaltung
Einkünfte der Unternehmer
Produktionsstruktur Erwerbsgartenbau
Kapitalgesellschaften
Einzelhandel 1964

Heft 8/1965

Tuberkulose 1964
Verdienststruktur gewerbliche Wirtschaft
Konsumgenossenschaften
Handwerksbetriebe nach der Rechtsform
Betriebsgrundstücke im Handwerk
Handwerkliche Nebenbetriebe

Heft 9/1965

Unternehmen des Verkehrs 1962
Beschäftigtenstruktur im Handwerk
Wasserversorgung der Industrie
Erzeugerpreise in der Industrie
Kommunale Bauinvestitionen
Wirtschaftliche Leistung 1964

Heft 10/1965

Nahrungs- und Genußmittelindustrie
Schiffsbestand 1963
Vermögensteuer 1963

Heft 11/1965

Bundestagswahl 1965 (Teil 1)
Gebäude in der Landwirtschaft
Sozialhilfe 1963 und 1964
Finanzierung des Studiums
Produktionswerte Industriebetriebe

Heft 12/1965

Bundestagswahl 1965 (Teil 2)
Wanderungen 1964
Handelsdüngeraufwand
Personal im öffentlichen Dienst



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

17. Jahrgang · Heft 12

Dezember 1965

Aktuelle Auslese



Zahl der Eheschließungen rückläufig

Während die Zahl der in jedem Jahre geschlossenen Ehen von 1955 bis 1962 gestiegen war, nahm sie seitdem ab. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, daß mehr und mehr junge Menschen der schwächer besetzten Geburtsjahrgänge von 1942 und später ins heiratsfähige Alter hineinwachsen. 1963 wurden in Schleswig-Holstein 22 167 Ehen geschlossen, 1964 waren es nur 21 893. Die Heiratsziffer sank in diesem Zeitraum von 9,4 auf 9,1 Eheschließungen je 1 000 Einwohner.



Herzkrankheiten an erster Stelle aller Todesursachen

Im Jahre 1964 sind in Schleswig-Holstein 28 100 Personen gestorben. Bei 6 000 Gestorbenen wurden Herzkrankheiten als Todesursache festgestellt, 5 500 Menschen starben an Krebs, und für 4 900 Personen waren Gefäßstörungen des Zentralnervensystems die Ursache ihres Ablebens. Allein diese drei Krankheiten bildeten bei 58 % aller Gestorbenen (1963 : 55 %) die Todesursache.



Höherer Umsatz, mehr Beschäftigte in der Industrie

In den ersten neun Monaten 1965 übertraf der Umsatz der schleswig-holsteinischen Industriebetriebe mit 6,5 Mrd. DM den entsprechenden Vorjahreswert um 11,4 %. Die Entwicklung war damit kräftiger als im Bund, wo die Zuwachsrate 8,5 % betrug. Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl lag in Schleswig-Holstein um fast 3 %,

im Bund um gut 2 % über dem vorjährigen Stand. Das Produktionsvolumen war in Schleswig-Holstein um 5 %, im Bund um 6 % größer als in den ersten neun Monaten 1964.



Weniger Beschäftigte, mehr Geräte im Bauhauptgewerbe

Ende Juni 1965 wurden im schleswig-holsteinischen Bauhauptgewerbe rund 70 000 Mitarbeiter beschäftigt, 1 % weniger als im Juni 1964. Dieser Rückgang betraf hauptsächlich Helfer und Hilfsarbeiter (- 7 %). Die Zahl der Facharbeiter (+ 2 %) und die der Lehrlinge (+ 1 %) stieg dagegen an. Der Rückgang an Beschäftigten wurde ausgeglichen durch weitere Mechanisierung:

	Juni 1964	Juni 1965
Betonmischer	5 537	5 952
Lastkraftwagen	3 213	3 447
Bauaufzüge	2 270	2 359
Bagger	1 343	1 512
Planierraupen	699	728
Straßenwalzen	538	559
Turmdrehkrane	303	400



Lebhaftere Umsatzentwicklung im Handwerk

Von Januar bis September 1965 brachte das Handwerk für 3,5 Mrd. DM Waren und Dienstleistungen auf den Markt. Das war fast ein Zehntel mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Besonders lebhaft war die Entwicklung in den metall- und holzverarbeitenden Handwerken, deren Umsätze um 13 % und 12 % gewachsen sind.

Aus dem Inhalt

Bundestagswahl 1965 (Teil 2) Seite 267

Die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 1965 war in den kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins niedriger als in den Kreisen. Die höchste Wahlbeteiligung wurde in Eutin und Pinneberg mit jeweils 87,8 % festgestellt und die niedrigste in Südtondern und Eiderstedt mit 78,2 % und 80,8 %. Die CDU hat ihre größten Anteile in den Kreisen und die SPD in den vier kreisfreien Städten errungen. Die SPD erreichte in den kreisfreien Städten insgesamt 45,2 % der gültigen Zweitstimmen gegenüber 36,1 % in den Kreisen und 38,8 % in ganz Schleswig-Holstein. Bei der CDU lautet das entsprechende Verhältnis 43,2 % gegenüber 50,3 % und 48,2 %. Als Hochburg der CDU können die nördlichen und die Westküstenkreise angesehen werden. In den meisten Kreisen haben sich die Positionen der Parteien seit 1949 nicht geändert. Vergleicht man die Bundestagswahl 1953 mit der diesjährigen, so sind sogar keine Verschiebungen zu beobachten. Rechnet man die Wahlergebnisse auf Gemeindegrößenklassen um, so ergibt sich, daß die Anteile der CDU mit wachsender Größenklasse sinken und die der SPD mit wachsender Größenklasse steigen.

Wanderungen 1964 Seite 272

Das Jahr 1964 brachte für Schleswig-Holstein eine Zunahme der Einwohnerzahl um fast 30 000 Personen. Von diesem Bevölkerungsanstieg entfielen mehr als zwei Fünftel auf den Wanderungsgewinn. Bei den Meldebehörden unseres Landes wurden 1964 86 900 Zuzüge und 74 300 Fortzüge über die Landesgrenzen gezählt. Außerdem wechselten mehr als 115 000 Personen ihren Wohnsitz innerhalb des Landes, wobei Umzüge innerhalb der gleichen Gemeinde nicht mitgerechnet sind. Insgesamt ergibt sich daraus die stattliche Zahl von beinahe 277 000 Wanderungsfällen, die 1964 die Altersgliederung und Erwerbsstruktur sowie die Bevölkerungsverteilung in Schleswig-Holstein beeinflusst haben. Wird dieses Wanderungsvolumen in Beziehung zur Einwohnerzahl gesetzt, so ergeben sich 1964 auf 1 000 Einwohner 115 Umzüge. Gliedert man die Zu- und Fortzüge nach der Größe der Herkunfts- und Zielorte, so ist zu erkennen, daß die kleineren Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern seit Jahren Einwohner an größere Gemeinden abgeben. Der Bevölkerungsaustausch zwischen Schleswig-Holstein und anderen Gebieten war 1964 zu mehr als vier Fünfteln auf Wanderungen innerhalb der Bundesgrenzen zurückzuführen. Die stärksten Wanderungsströme flossen wie bisher von und nach Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Über die Auslandsgrenzen des Bundesgebietes zogen in Schleswig-Holstein 10 700 Personen zu und 8 200 fort. In der Wanderungsbewegung mit den europäischen Staaten entfielen auf Spanien, die Türkei, Griechenland und Italien die größten Kontingente und zusammen gut die Hälfte aller Zuzüge nach Schleswig-Holstein.

Handelsdüngeraufwand Seite 279

Von Juli 1964 bis Juni 1965 wurden 84 000 t Rein-Stickstoff, 79 000 t Rein-Phosphat und 92 000 t Rein-Kali zum Verbrauch in der schleswig-holsteinischen und Hamburger Landwirtschaft geliefert. Hinzu kamen 44 000 t Kalk in Form von Kalkdüngemitteln. Die Anteile der

Düngemittelsorten am Gesamtabsatz haben sich - langfristig gesehen - stark gewandelt. Aus arbeitswirtschaftlichen Gründen werden in zunehmendem Maße Mehrnährstoffdünger verwendet. Den höchsten Verbrauch an Handelsdünger je ha LN hat Nordrhein-Westfalen. Schleswig-Holstein liegt im Stickstoff- und Phosphat-Verbrauch zusammen mit Niedersachsen an zweiter Stelle. Im Kali-Verbrauch liegt Niedersachsen allerdings noch um rund 20 kg je ha LN höher als Schleswig-Holstein. Die Steigerung des Handelsdüngerverbrauchs seit den Vorkriegsjahren ist in Schleswig-Holstein wesentlich stärker als in anderen Bundesländern. Eine Gegenüberstellung des Verbrauchs an Handelsdünger je ha LN der einzelnen EWG-Länder zeigt starke Unterschiede. Mit Abstand die höchste Intensität der Bodenproduktion hatten mit einem Aufwand von 126 kg Stickstoff je ha LN im Durchschnitt der Jahre 1962/63 und 1963/64 die Niederlande. In der Bundesrepublik Deutschland wurden nur 43 % der Stickstoffmengen der Niederlande je ha LN aufgewendet. Mit 54 kg wird der EWG-Durchschnitt jedoch noch erheblich übertroffen. Beachtlich hoch sind vergleichsweise die Aufwendungen an Phosphat- und Kalidüngemitteln in der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen den ha-Erträgen der Feldfrüchte und dem Düngemittelaufwand je ha LN besteht eine Beziehung. Die höchsten ha-Erträge werden bei einer Reihe wichtiger Fruchtarten in den Niederlanden erzielt. Über dem EWG-Durchschnitt liegen auch die Erträge in der Bundesrepublik Deutschland. Schleswig-Holstein erreicht mit einem höheren Düngemittelaufwand zwar höhere Getreide-, Kartoffel- und Raps-erträge als die EWG-Länder zusammen, erreicht aber nicht deren durchschnittliche Zuckerrüben-erträge.

Personal im öffentlichen Dienst Seite 284

Am 2. Oktober 1964 waren in der Bundesrepublik fast 3 Mill. Personen im öffentlichen Dienst tätig, und zwar knapp 1,2 Mill. im Bundesdienst, 1 Mill. im Landesdienst und 700 000 bei den Kommunen. Diese Zahlen umfassen nur die vollbeschäftigten Bediensteten der Zivilverwaltungen. Gegenüber 1957 hat sich die Zahl der Bediensteten um reichlich ein Zehntel erhöht. Der personelle Verwaltungsaufwand je Bundesbürger hat sich in dem Zeitraum von 1957 bis 1964 von 47 Bediensteten je 1 000 Einwohner auf 50 Bedienstete erhöht. Eliminiert man jedoch die Wirtschaftsunternehmen (auch Bundesbahn und Bundespost), so verringert sich diese Zahl auf etwa 30. In Schleswig-Holstein waren im Oktober 1964 134 000 Personen bei den Dienststellen und Einrichtungen des Bundes, des Landes und der Kommunen vollbeschäftigt. Die meisten davon, nämlich gut vier Zehntel, standen im Dienst des Bundes, gut drei Zehntel in dem des Landes und weniger als drei Zehntel in dem der Kommunen. Der Anteil der Bundesbediensteten ist in den letzten Jahren leicht gestiegen, während der der Landesbediensteten unverändert blieb und der der Gemeinden entsprechend zurückging. Rund 41 000 Bedienstete gehörten zur Landesverwaltung. Von den rund 36 000 Beamten und Angestellten des Landes waren 34 % im Schuldienst tätig, 14 % gehörten zur Polizei, 9 % waren bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften und 9 % bei der Finanzverwaltung. Fast die Hälfte der rund 4 400 Arbeiter des Landes war in den Bereichen Wasserwirtschaft, Kulturbau und Verkehr tätig.

Die Bundestagswahl 1965

Teil 2

Die Wahlergebnisse in den politischen Kreisen

Bekanntlich ist Schleswig-Holstein in 21 politische Kreise gegliedert, wurde aber seiner Einwohnerzahl entsprechend in 11 Wahlkreise eingeteilt. Die Wahlkreise setzen sich daher aus zwei oder mehr Kreisen zusammen. Nur in Lübeck stimmt der Wahlkreis mit dem Stadtkreis überein, während von der Stadt Kiel sogar ein Teil abgetrennt werden mußte. Eine Umrechnung der Wahlergebnisse bietet sich deshalb geradezu an. Denn einmal bildet der Kreis eine Verwaltungseinheit, die zumeist auf geographischen und geschichtlichen Gegebenheiten beruht, was beim Wahlkreis nur in geringem Maß zutrifft; zum anderen unterliegen die politischen Kreise im Gegensatz zu den Wahlkreisen nur selten Veränderungen und sind außerdem als Gebiet bekannter. Hinzu kommt noch, daß im März nächsten Jahres Kommunalwahlen stattfinden und deshalb aus den Kreisergebnissen, wenn auch mit vielen Vorbehalten, Schlüsse gezogen werden können.

Die Wahlbeteiligung war in den kreisfreien Städten insgesamt niedriger als in den Kreisen. Das ist jedoch allein auf die geringe Wahlbeteiligung in Flensburg zurückzuführen, die durch die Nichtkandidatur des SSW bedingt sein dürfte. Die höchste Wahlbeteiligung wurde in den Kreisen Eutin und Pinneberg mit jeweils 87,8% festgestellt und die niedrigste in den Kreisen Südtondern und Eiderstedt mit 78,2 und 80,8%, was typisch für die nördlichen Kreise Schleswig-Holsteins ist. Diese Tendenz konnte bei allen bisherigen Wahlen festgestellt werden. Sie ist also nur zum Teil darauf zurückzuführen, daß der SSW, der in den nördlichen Kreisen den größten Anklang findet, zur diesjährigen Bundestagswahl nicht kandidierte. Auf den meisten Nordseeinseln war die Wahlbeteiligung geringer als in den dazugehörigen Kreisen. Das wirkte sich besonders auf die Gesamtwahlbeteiligung in Südtondern aus.

Erwartungsgemäß hat die CDU ihre größten Anteile in den Kreisen und die SPD in den vier kreisfreien Städten errungen. Die SPD erreichte in den kreisfreien Städten insgesamt 45,2% der gültigen Zweitstimmen gegenüber 36,1% in den Kreisen und 38,8% in ganz Schleswig-Holstein. Bei der CDU lautet das entsprechende Verhältnis 43,2% gegenüber 50,3% und 48,2%. Der Anteil der SPD an den gültigen Zweitstimmen war jedoch nur in Flensburg und Kiel höher als der der CDU; in Lübeck und Neumünster mußte

Die Bundestagswahl in den Kreisen Schleswig-Holsteins

KREISFR. STADT Kreis	Wahl- berech- tigte	Wahl- beteili- gung	Von den gültigen Zweitstimmen entfielen auf			
			CDU	SPD	FDP	Übrige
			In %			
FLensburg	69 945	81,7	42,2	45,1	9,0	3,7
KIEL	194 849	86,1	41,1	47,2	8,1	3,6
LÜBECK	177 503	86,3	45,1	43,3	7,3	4,3
NEUMÜNSTER	54 672	87,4	45,3	44,4	7,7	2,6
Zusammen	496 969	85,7	43,2	45,2	7,9	3,8
Eckernförde	46 698	84,5	48,6	38,3	10,7	2,4
Eiderstedt	13 011	80,8	45,0	32,8	17,6	4,6
Eutin	66 041	87,8	49,2	37,9	8,8	4,2
Flensburg-Land	44 277	83,0	54,5	31,9	9,8	3,8
Hzgt. Lauenburg	96 961	87,7	49,0	38,5	8,5	4,1
Husum	43 800	83,0	54,3	30,8	10,5	4,4
Norderdithmarschen	41 935	85,4	55,5	31,3	9,7	3,5
Oldenburg (Holst.)	53 238	85,9	48,7	39,0	7,8	4,5
Pinneberg	164 967	87,8	47,4	40,0	9,3	3,3
Plön	79 027	87,3	47,7	40,4	8,5	3,4
Rendsburg	113 322	85,2	52,6	34,3	10,0	3,1
Schleswig	66 178	84,3	54,8	31,6	9,6	4,0
Segeberg	69 425	85,5	53,3	30,8	12,9	3,0
Steinburg	87 946	87,1	48,2	36,6	11,5	3,7
Stornarn	110 400	87,6	46,8	38,1	11,3	3,9
Süderdithmarschen	51 479	85,6	52,7	34,2	9,8	3,3
Südtondern	41 592	78,2	56,9	29,8	10,7	2,7
Zusammen	1 190 297	85,9	50,3	36,1	10,0	3,6
Schleswig-Holstein	1 687 266	85,9	48,2	38,8	9,4	3,6

sie sich, wenn auch knapp, geschlagen geben. In Kiel hat die SPD ihren größten Wählerstamm, während die CDU unter den kreisfreien Städten in Neumünster am erfolgreichsten ist. Die FDP blieb in den kreisfreien Städten wie die CDU unter ihrem Landesdurchschnitt. Alle anderen Parteien waren bedeutungslos. Die stärkste unter ihnen, die NPD, kam in Lübeck gerade auf 2,7% der Zweitstimmen.

In den Kreisen kommt die SPD nur in Pinneberg und Plön auf einen Stimmenanteil von vier Zehnteln, während die CDU noch in ihrem schlechtesten Kreis, Eiderstedt, 45% erreicht. Die SPD blieb vielmehr häufig unter einem Drittel, die CDU konnte dagegen in acht Kreisen die absolute Mehrheit erringen. Die FDP schnitt im Kreis Eiderstedt am günstigsten ab. Von den übrigen Parteien kam keine in einem Kreis über 3,9% hinaus.

Als Hochburg der CDU können die nördlichen und die Westküstenkreise angesehen werden. In diesen acht Kreisen - Flensburg-Stadt und -Land, Südtondern, Husum, Schleswig, Eiderstedt, Norder- und Süderdithmarschen -

erreichte die CDU 52% aller Zweitstimmen und in den restlichen Kreisen 47,1%. Entsprechend umgekehrt sieht es für die SPD aus, die in den genannten acht Kreisen 34,2% erreichte und in den restlichen 40,1%. Als Hochburg der SPD kann nur Kiel gelten. Die landläufige Annahme, daß ein Zusammenhang zwischen einer landwirtschaftlichen Struktur der Kreise und einem hohen CDU-Anteil und umgekehrt zwischen einer industriellen Struktur und einem hohen SPD-Anteil besteht, bestätigt sich bei dieser Wahl nicht.

Bei Vergleichen mit den vorangegangenen Wahlen muß der Nachteil in Kauf genommen werden, daß die Briefwahlbezirke früher nicht nach Kreisen aufgeteilt werden konnten. Erst bei der diesjährigen Wahl sind die Briefwahlbezirke so eingeteilt worden, daß sie sich den politischen Kreisen zuordnen lassen. Für die rückblickende Betrachtung müssen daher im Gegensatz zu den bisher verwendeten Zahlen die Ergebnisse der Bundestagswahl 1965 ohne die Briefwahlergebnisse verwendet werden. Da die Briefwähler, das sind 7% aller Wähler, insgesamt häufiger CDU und FDP und weniger SPD wählen als alle anderen, bedeutet das, daß der Anteil der CDU und der FDP etwas geringer und der der SPD etwas höher wird. Im Landesergebnis verschieben sich 1965 die Anteile der CDU von 48,2% auf 47,9%, die der FDP von 9,4% auf 9,3% und die der SPD von 38,8% auf 39,3%. Bei den vorangegangenen Bundestagswahlen ist es ähnlich gewesen. Die Unvollständigkeit ist also nicht so groß, als daß ein Vergleich unterbleiben müßte.

In den meisten Kreisen haben sich die Positionen der Parteien seit 1949 nicht geändert. Vergleicht man die Bundestagswahl 1953 mit der diesjährigen, so sind sogar keine Verschiebungen zu beobachten. Die Bundestagswahl 1949 fällt etwas aus dem Rahmen, da es sich um die erste handelte und die Parteien für den Staatsbürger noch nicht das Profil aufwiesen, wie es heute der Fall ist. Die am Ort bekannte Persönlichkeit trat stärker in den Vordergrund. Das wird dadurch bestätigt, daß in Flensburg-Land ein Parteiloser gewählt wurde - CDU und FDP hatten auf einen Kandidaten verzichtet - und in Flensburg der Parteilose nur knapp vom SSW-Bewerber geschlagen wurde. Die Mehrheiten waren 1949 in den Kreisen bedeutend knapper als heute. So war z. B. die SPD mit 27,8% im Kreis Hztg. Lauenburg die stärkste Partei. Im Landesergebnis wie auch in den meisten Kreisen gab es 1949 ein Kopf-an-Kopf-Rennen von CDU und SPD. Die SPD war in sechs

Kreisen erfolgreich und die CDU in zehn. Im Jahre 1953 mußte die SPD in fast allen Kreisen einen Rückgang hinnehmen, während die CDU kräftig zunahm. Seit 1953 hat die SPD bis auf wenige Ausnahmen in allen Kreisen gleichmäßig zugenommen. Die Entwicklung der CDU kennzeichnet dagegen ein Auf und Ab, und zwar eine Zunahme der Stimmen bis 1957 und einen kräftigen Rückgang - vor allem zugunsten der FDP - 1961 und einen Aufschwung 1965, der in fast allen Kreisen über den Anteil von 1957 hinausgeht. Die CDU ist seit 1953 in allen Kreisen bis auf Pinneberg, wo die SPD 1961 einen größeren Anteil errang, die stärkste Partei. In den kreisfreien Städten haben dagegen die Mehrheitsverhältnisse gewechselt. In Flensburg war noch 1949 der SSW die stärkste Partei und wurde 1953 knapp von der CDU geschlagen. Bei der diesjährigen Wahl, zu der der SSW nicht kandidierte, lag die SPD vorn. In Kiel hat es eine völlige Umkehr der Wählersympathien gegeben. Die Stadt Kiel ist der einzige Kreis, wo die CDU 1949 die absolute Mehrheit erreichte, die sie auch 1953 verteidigte, als sie ihr noch in einigen anderen Kreisen zufiel; bei der Wahl 1957 ging die absolute Mehrheit verloren und 1961 wurde sie von der SPD überflügelt, die ihrerseits 1965 fast die absolute Mehrheit bekam. In Lübeck war die SPD 1949 die stärkste Partei, konnte sich aber nicht behaupten, sondern wurde von der CDU 1953 und 1957 klar überholt. Bei den beiden letzten Wahlen gab es jeweils einen knappen Vorsprung für die CDU. In Neumünster war die SPD ebenfalls 1949 die stärkste Partei und die CDU 1953 und 1957; 1961 und 1965¹ war es dagegen wieder die SPD.

Wahlergebnisse nach Gemeindegrößenklassen

Die Umrechnung der Wahlergebnisse auf Gemeindegrößenklassen kann aufzeigen, wie sich die unterschiedlichen Gemeindegrößenklassen und ihre andersartige Bevölkerungsstruktur bei der Wahl auswirken. Es werden wiederum nur die Zweitstimmen zur Untersuchung herangezogen. Die Briefwähler lassen sich ebenfalls nicht zuordnen, so daß für die Ergebnisse das im vorangegangenen Abschnitt Gesagte gilt.

Die Stimmenanteile der beiden großen Parteien, CDU und SPD, verhalten sich genau umgekehrt. Die Anteile der CDU sinken mit wachsender Größenklasse und die der SPD steigen mit wachsender Größenklasse. Nur

¹ Hier liegt der einzige Fall vor, bei dem sich das Ergebnis durch die Briefwahl entscheidend ändert. Die CDU wird nämlich durch die Briefwahlstimmen 1965 die stärkste Partei

Die Bundestagswahl nach Gemeindegrößenklassen

Gemeindegrößenklasse	Von 100 gültigen Zweitstimmen entfielen auf		
	CDU	SPD	FDP
unter 250 Einwohner	63,0	23,5	10,3
250 bis " 500 "	58,8	28,0	10,3
500 " " 750 "	57,3	29,8	10,2
750 " " 1 000 "	54,4	32,7	9,9
1 000 " " 2 000 "	51,7	35,1	10,2
2 000 " " 5 000 "	47,1	39,3	10,1
5 000 " " 10 000 "	48,7	38,1	9,8
10 000 " " 25 000 "	46,1	40,3	9,5
25 000 " " 50 000 "	45,5	40,6	9,7
50 000 und mehr Einwohner	42,4	46,2	7,7
Zusammen	47,9	39,3	9,3
dazu Briefwahl	52,5	32,3	10,9
Insgesamt	48,2	38,8	9,4

in der Größenklasse 5 000 bis 10 000 Einwohner ist ein Bruch feststellbar. Die Wähler dieser 37 Gemeinden haben häufiger CDU und entsprechend weniger SPD gewählt, als es dem Trend entsprechen würde.

In den unteren Größenklassen bis 2 000 Einwohner und in der zwischen 5 000 und 10 000 Einwohnern konnte die CDU Anteile erringen, die über ihrem Landesdurchschnitt liegen. In der Größenklasse bis 2 000 Einwohner erreichte sie sogar jeweils die absolute Mehrheit, wobei die 63% in der Größenklasse bis 250 Einwohner besonders herauspringen. Die SPD blieb demgegenüber in der Größenklasse bis 10 000 Einwohner mit einer Ausnahme unter ihrem Landesdurchschnitt, sie erreichte ihn in der Größenklasse 2 000 bis 5 000 gerade. In den Größenklassen über 10 000 Einwohnern konnte sie dagegen über vier Zehntel erringen und in den vier großen Städten (über 50 000

Einwohner) sogar 46,2%; in den kleinsten Gemeinden waren es aber nur 23,5%. Bei der FDP ist eine solche Streuung nicht zu beobachten.

Umrechnung der Wahlergebnisse auf Landtagswahlkreise

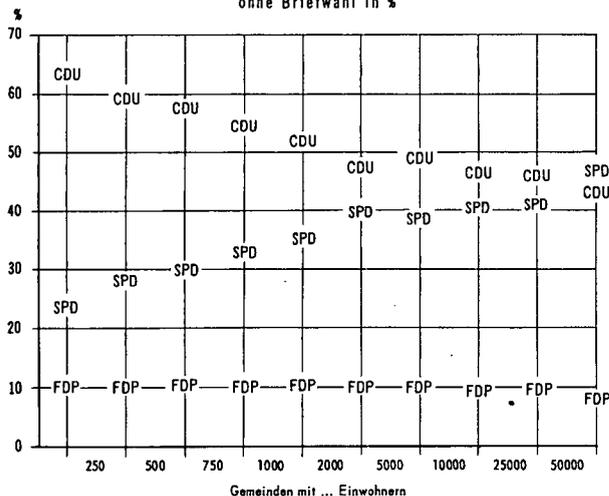
In erster Linie interessierte bei einer Umrechnung der Bundestagswahlergebnisse auf die 42 Landtagswahlkreise die Zahl der Wahlberechtigten, die auf einen Landtags-

Die Bundestagswahl nach den Landtagswahlkreisen 1962

Landtagswahlkreits	Wahlberechtigte	Von 100 gültigen Zweitstimmen entfielen auf		
		CDU	SPD	FDP
1 Flensburg-West	35 036	39,6	48,0	8,7
2 Flensburg-Ost	40 725	44,0	43,0	9,1
3 Flensburg-Land	38 457	54,9	32,0	9,7
4 Südtondern	36 866	56,1	30,4	10,9
5 Husum-Land	34 814	61,7	24,0	11,0
6 Husum-Eiderstedt	35 557	46,4	36,3	12,5
7 Schleswig	35 957	53,5	33,2	8,7
8 Südingeln-Schwansen	30 609	53,6	33,3	10,4
9 Eckernförde	37 476	47,8	39,2	10,5
10 Norderdithmarschen	38 820	54,1	32,9	9,7
11 Süderdithmarschen	36 682	56,0	31,5	9,3
12 Rendsburg-West	33 902	61,8	24,7	10,5
13 Rendsburg-Nord	40 330	46,7	40,8	9,2
14 Rendsburg-Ost	39 090	49,9	37,2	10,0
15 Steinburg-Süderdithm.	36 422	51,7	33,2	11,9
16 Steinburg-Ost	41 387	46,5	37,7	11,6
17 Steinburg-Süd	37 427	49,2	38,0	9,6
18 Elmshorn	44 148	46,5	42,5	7,7
19 Pinneberg-Elbmarschen	56 107	45,7	41,3	9,4
20 Pinneberg-Ost	55 342	47,2	39,7	10,1
21 Segeberg-Süd	38 756	52,6	30,1	14,0
22 Segeberg-Nord	41 016	52,2	34,8	10,5
23 Neumünster	44 325	44,4	45,7	7,4
24 Kiel-Nord	40 803	41,7	46,2	8,6
25 Kiel-Mitte	41 256	47,5	37,3	11,1
26 Kiel-West	33 997	41,7	46,8	8,0
27 Kiel-Süd	35 259	37,7	52,6	6,5
28 Kiel-Ost	43 534	33,2	57,9	5,5
29 Plön-Nord	41 032	46,6	42,2	7,8
30 Plön-Süd	44 117	48,2	39,8	8,5
31 Oldenburg (Holstein)	36 243	47,1	40,0	8,3
32 Eutin-Nord	35 237	49,1	38,1	8,5
33 Eutin-Süd	41 677	49,0	38,9	8,3
34 Lübeck-Travemünde	45 060	44,2	45,3	6,3
35 Lübeck-Nord	44 651	42,3	47,3	6,5
36 Lübeck-Mitte	33 480	44,5	44,0	7,1
37 Lübeck-Süd	41 546	47,5	38,9	9,0
38 Stormarn-Nord	39 453	49,0	36,8	10,9
39 Stormarn-Süd	53 132	45,3	39,1	11,5
40 Lauenburg-Nord	40 917	50,2	38,0	7,4
41 Lauenburg-Süd	41 450	48,3	40,0	8,2
42 Lauenburg-Stormarn	45 171	44,6	41,7	9,5
Zusammen	1 687 266	47,9	39,3	9,3
dazu Briefwahl		52,5	32,3	10,9
Schleswig-Holstein	1 687 266	48,2	38,8	9,4

D 3595 Die Bundestagswahl nach Gemeindegrößenklassen

Anteile der Parteien an den gültigen Zweitstimmen ohne Briefwahl in %



wahlkreis entfallen und erst in zweiter Linie die Verteilung der Stimmen in den einzelnen Landtagswahlkreisen, da eine Bundestagswahl unter ganz anderen Vorzeichen stattfindet als eine Landtagswahl.

Die Wahlkreiseinteilung zur Landtagswahl basiert immer noch, von geringfügigen Änderungen abgesehen, auf der des Jahres 1954. Seit diesem Zeitpunkt haben sich zwangsläufig Bevölkerungsverschiebungen ereignet, die z. T. recht beträchtlich waren. Im Landeswahlgesetz ist vorgesehen, daß sich die Größe der Landtagswahlkreise nach der Zahl der Wahlberechtigten richtet, deshalb können die Ergebnisse der Bundestagswahl den neuesten Stand der Zahl der Wahlberechtigten bringen, wenn auch die Berechtigung zur Wahl sich im Bundeswahlgesetz und im Landeswahlgesetz geringfügig unterscheidet.

Nach der Bundestagswahl waren in Schleswig-Holstein am 19. 9. 1965 1,69 Mill. Personen wahlberechtigt. Das ergibt für die 42 Landtagswahlkreise eine Durchschnittszahl von 40 173 Wahlberechtigten. Die Abweichungen von diesem Durchschnitt sind teilweise recht groß. So weichen die beiden größten Landtagswahlkreise, 19 Pinneberg-Elbmarschen und 20 Pinneberg-Ost, um 39,7% und 37,8% davon ab. Umgekehrt ist der Landtagswahlkreis 8 Südingeln-Schwansen um 23,8% zu klein.

Die folgende Übersicht zeigt, wie viele Landtagswahlkreise um ein bestimmtes Maß von der mittleren Größe aller Wahlkreise abweichen und wie sich diese Zahlen seit 1954 verändert haben:

Abweichung	1954	1965
0 bis 2,5 %	10	7
2,5 " 5 "	19	9
5 " 10 "	12	9
10 " 20 "	1	13
20 % und mehr	-	4

Während 1954 nur ein Wahlkreis gerade über 10% abwich, sind es 1965 schon 17 und davon vier sogar über 20%.

Bei der Umrechnung der Stimmenanteile der Parteien muß berücksichtigt werden, daß eine unbekannte Zahl von Wählern bei einer am gleichen Tage durchgeführten Landtagswahl anders gestimmt hätte. Da die beiden Wahlen aber immer zu verschiedenen Terminen stattfinden, läßt sich über das Wie nichts Genaueres sagen. Eines dürfte jedoch feststehen: kleinere oder regional begrenzte Parteien haben bei einer Landtagswahl größere Chancen. Deshalb ist ein Vergleich für die nördlichen Kreise Schleswig-Holsteins fast unmöglich. Hier hat nämlich der SSW bei Landtagswahlen größere Stimmen-

anteile; er hat jedoch nicht zur Bundestagswahl kandidiert. Außerdem können die Briefwähler nicht den Landtagswahlkreisen zugeordnet werden, was aber - wie oben dargelegt - nicht sehr entscheidend ist.

Die CDU hat nach dem Zweitstimmenergebnis der Bundestagswahl in 12² Landtagswahlkreisen die absolute und in 22² die relative Mehrheit errungen. Sie ging also in 34 von 42 Wahlkreisen als stärkste Partei hervor. Bei der Landtagswahl 1962 hatte sie in 29 Wahlkreisen die Mehrheit und darunter in neun die absolute bekommen. Die SPD behauptete in sechs Wahlkreisen die relative und in zweien die absolute Mehrheit, wobei die Mehrheit im Wahlkreis 1 Flensburg-West noch in Frage gestellt ist, da hier der SSW 1962 28% aller Stimmen erhalten hatte, die 1965 offensichtlich überwiegend der SPD zufielen. Bei einer Kandidatur des SSW wäre wahrscheinlich die CDU wieder die stärkste Partei gewesen. Unter Außerachtlassung aller Vergleichsstörungen hat die SPD gegenüber der Landtagswahl 1962 in sechs Wahlkreisen die Mehrheit verloren, während sie in denselben beiden Wahlkreisen wieder die absolute Mehrheit errang.

Eine nach dem d'Hondt-Höchstziffernverfahren mit dem Zweitstimmenergebnis der Bundestagswahl berechnete Sitzverteilung würde für die Landtagsabgeordneten folgende Verteilung ergeben:

	CDU	SPD	FDP
69 Abgeordnete, davon	35	28	6

Die CDU würde nach diesem Ergebnis 35 der 69 Landtagssitze erhalten, die SPD 28 und die FDP 6. Dabei kann aber nicht berücksichtigt werden, daß der SSW zu einer Landtagswahl kandidiert und wahrscheinlich auch einen Sitz errungen hätte. Um diesen einen Sitz würden sich die Mandate der CDU oder SPD verringern, da beide, allerdings nicht genau feststellbar, von der Nichtkandidatur des SSW profitiert haben.

Umrechnung der Wahlergebnisse auf die Bundestagswahlkreise 1961

Bis zur Bundestagswahl 1961 war Schleswig-Holstein in 14 Wahlkreise eingeteilt. Durch die Bevölkerungsverschiebungen - in Schleswig-Holstein hauptsächlich die Flüchtlingsumsiedlungen - war es aber notwendig geworden, die Wahlkreise im Bundesgebiet neu einzuteilen. Schleswig-Holstein besteht seitdem nur noch aus 11 Wahlkreisen. Im folgenden soll betrachtet werden, wie das Wahlergebnis ausgesehen hätte, wenn Schleswig-Holstein

2) Mit den Briefwählern können es 13 und entsprechend 21 sein

weiterhin 14 Wahlkreise gehabt hätte. Auch hierbei können die Briefwahlergebnisse nicht berücksichtigt werden. Um Vergleiche durchführen zu können, werden die Bundestagswahlergebnisse 1961 ebenfalls ohne Briefwähler verwendet.

Die gleichen Bedingungen wie 1961 vorausgesetzt, würde Schleswig-Holstein wiederum durch 23 Abgeordnete im Bundestag vertreten sein, und zwar durch 13 CDU-, 8 SPD- und 2 FDP-Abgeordnete. Die FDP stellt einen Abgeordneten weniger als 1961 und die beiden anderen Parteien auf den ersten Blick keinen zusätzlichen. Diese Täuschung liegt an der alten Wahlkreiseinteilung und an den daraus entstehenden Überhangmandaten. Schleswig-Holstein stehen nämlich im Normalfall 20 Bundestagsabgeordnete und nicht 23 zu. Von den 20 Sitzen entfallen 10 auf die CDU, 8 auf die SPD und 2 auf die FDP. Die CDU hat also den von der FDP verlorenen Sitz gewonnen. Da die CDU aber in 13 Wahlkreisen erfolgreich gewesen ist, erhält sie wie bei der vorangegangenen Wahl 13 Sitze. Diese zusätzlichen drei Sitze - 1961 waren es sogar vier - nennt man Überhangmandate. Sie entstehen in erster Linie dadurch, daß in einem Wahlgebiet die Wahlkreise der Wohnbevölkerung nach zu klein sind und folglich ihre Anzahl zu groß ist. Damit erhält die Erststimme, die nur für den Wahlkreiskandidaten vorgesehen ist, ein zu großes Gewicht. Sie beeinflusst nämlich die Gesamtzahl der Abgeordneten, die durch die Zweitstimme bestimmt werden soll. Dieses Mißverhältnis kann dadurch beseitigt werden, daß die Gesamtzahl der Abgeordneten

entsprechend erhöht oder die Zahl der Wahlkreise vermindert wird. Ersteres würde bedeuten, daß die Zahl der über die Landesliste zu wählenden Bewerber genau so groß wie die der direkt gewählten sein müßte. In Schleswig-Holstein hätten dann nicht sechs Listensitze, sondern 14 zur Verfügung stehen müssen. Dann wäre es zu keinem Überhangmandat gekommen, da auf die CDU etwa die Hälfte aller Sitze entfallen, also mindestens die 13 Direktsitze. Damit würden aber die anderen Bundesländer benachteiligt, so daß nur der zweite Weg, eine Vergrößerung der schleswig-holsteinischen Wahlkreise, wie es auch geschehen ist, in Frage kam.

Bei der Wahl der Wahlkreiskandidaten würden sich keine bedeutenden Verschiebungen ergeben. Die CDU stellt wiederum 13 der 14 Abgeordneten und die SPD einen. Die SPD konnte bis auf einen in allen Wahlkreisen ihre Erststimmenanteile erhöhen. Im Wahlkreis 6 Kiel erreichte sie die absolute Mehrheit. Die CDU verzeichnete in allen Wahlkreisen Stimmengewinne, in einigen sogar recht beträchtliche. So konnte sie in neun Wahlkreisen die absolute Mehrheit erringen gegenüber einem im Jahre 1961. Der Vorsprung der jeweils siegreichen Partei hat sich in fast allen Wahlkreisen vergrößert. Nur im Wahlkreis 2 Flensburg ist der Abstand der CDU zur SPD geringer geworden (Nichtkandidatur des SSW!) und umgekehrt im Wahlkreis 6 der der SPD.

Das Zweitstimmenergebnis verhält sich ähnlich. Allerdings sind für die Listen der Parteien weniger Stimmen abgegeben worden als für

Die Bundestagswahl nach der Wahlkreiseinteilung 1961

Bundes-Wahlkreis 1961	1965							1961		
	Wahlberechtigte	Von den gültigen Zweitstimmen entfielen auf								
		CDU		SPD		FDP		CDU	SPD	FDP
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%		
1 Husum-Südtrondem-Eiderstedt	98 403	39 277	54,3	22 130	30,6	8 303	11,5	45,6	26,9	15,6
2 Flensburg	119 648	41 162	46,4	36 052	40,7	8 219	9,3	38,8	27,9	12,7
3 Schleswig-Eckernförde	99 077	39 321	51,7	26 796	35,2	7 475	9,8	46,6	29,4	12,2
4 Norder- und Süderdithmarschen	91 834	39 874	55,4	22 806	31,7	6 978	9,7	48,3	30,8	15,3
5 Rendsburg	134 808	52 288	50,1	38 695	37,1	10 028	9,6	45,1	35,0	13,6
6 Kiel	166 802	51 006	39,7	63 011	49,1	9 934	7,7	36,4	47,2	11,9
7 Plön-Eutin-Nord	103 391	39 089	47,5	33 091	40,2	7 061	8,6	40,6	39,2	12,1
8 Oldenburg-Eutin-Süd	94 915	36 109	48,5	29 356	39,4	5 921	8,0	41,9	37,2	11,7
9 Lübeck	130 909	44 907	44,4	44 896	44,4	7 045	7,0	41,6	41,2	11,0
10 Segeberg-Neumünster	124 097	48 418	49,6	36 341	37,2	10 240	10,5	40,5	36,5	17,1
11 Steinburg	104 460	40 302	48,6	30 248	36,5	9 296	11,2	39,3	36,5	17,2
12 Pinneberg	164 967	62 288	47,1	53 452	40,4	12 193	9,2	39,5	41,1	14,0
13 Stormarn	132 741	48 496	45,8	42 584	40,2	10 769	10,2	38,7	39,5	14,7
14 Hzgt. Lauenburg	121 214	46 507	48,3	37 449	38,9	8 187	8,5	42,6	37,8	12,1
Insgesamt	1 687 266	629 044	47,9	516 907	39,3	121 669	9,3	41,4	36,9	13,6
dazu Briefwahl	-	53 582	52,5	32 994	32,3	11 092	10,9	47,1	27,2	17,9
Schleswig-Holstein	1 687 266	682 626	48,2	549 901	38,8	132 761	9,4	41,8	36,4	13,8

den jeweils siegreichen Wahlkreiskandidaten. Den größten Vorsprung erkämpfte sich die CDU im Wahlkreis 1 Husum - Südtondern - Eiderstedt und 4 Norder- und Süderdithmarschen mit jeweils 23,7 Punkten; im Wahlkreis 9 Lübeck gab es ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Die SPD lag nur im Wahlkreis 6 Kiel mit 9,4 Punkten vorn. Eine Wachablösung hat im Wahlkreis 12 Pinneberg stattgefunden. Hier hatte sich die SPD 1961 noch mit einem knappen Vorsprung behauptet und mußte sich 1965 deutlich geschlagen geben. Die FDP kam am besten im Wahlkreis 1 Husum - Südtondern - Eiderstedt und im Wahlkreis 11 Steinburg zum Zuge. Sie blieb aber mit 11,5% und 11,2% weit unter ihren

Anteilen von 1961, als sie in Steinburg 17,2% und im Wahlkreis 10 Segeberg - Neumünster 17,1% erzielte.

Die Repräsentativergebnisse der Bundestagswahl 1965, die Aufschlüsse über die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht geben, werden im nächsten Monatsheft veröffentlicht.

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Vergleiche auch: "Die Bundestagswahlen 1961 in Schleswig-Holstein" und "Die Bundestagswahl 1965 in Schleswig-Holstein (Teil 1)" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 220 (Oktober) bzw. 1965, S. 244 (November) sowie "Die Wahl zum 5. Deutschen Bundestag am 19. September 1965" in Wirtschaft und Statistik 1965, S. 555 (September)

Die Wanderungen im Jahre 1964

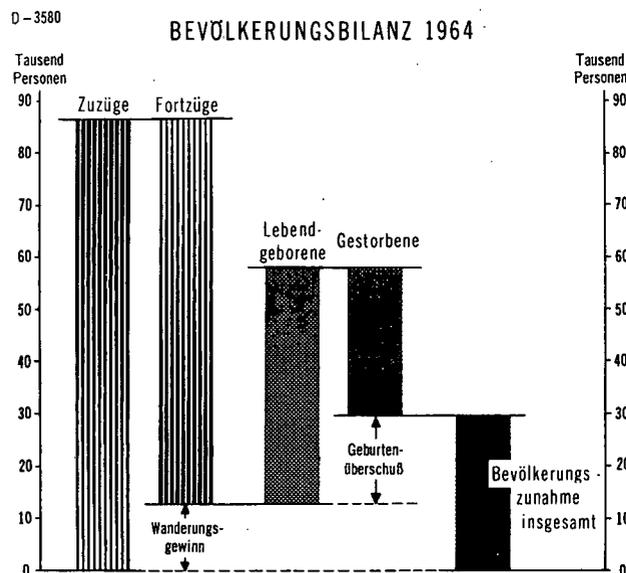
Das Jahr 1964 brachte für Schleswig-Holstein eine Zunahme der Einwohnerzahl um fast 30 000 Personen. Bei einer Bevölkerung von 2 376 000 am Jahresanfang entspricht das einer Zuwachsrate von 1,3% bis zum Jahresende. Von diesem Bevölkerungsanstieg entfielen mehr als zwei Fünftel auf den Wanderungsgewinn und knapp drei Fünftel auf den Geburtenüberschuß. In absoluten Zahlen: im Bevölkerungsaustausch mit anderen Bundesländern und über die Bundesgrenzen liegt die Zahl der Zuzüge nach Schleswig-Holstein um 12 700 über der Zahl der Fortzüge - in der Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung überwog die Zahl der geborenen Kinder die der Sterbefälle um 17 100.

Der Saldo aus Geburten und Sterbefällen schlägt also bei der Gesamtzunahme der Einwohnerzahl stärker zu Buche als der Wanderungsgewinn.

Dennoch sind die dem Saldo zugrunde liegenden Veränderungen durch Zu- und Fortzüge zahlreicher als die Veränderungen durch Geburt und Tod. Während bei den Standesämtern 45 200 Geburten und 28 100 Sterbefälle registriert wurden, wurden bei den Meldebehörden 86 900 Zuzüge und 74 300 Fortzüge über die Grenzen unseres Landes gezählt. Außerdem wechselten mehr als 115 000 Personen ihren Wohnsitz innerhalb des Landes (Umzüge innerhalb der gleichen Gemeinde nicht mitgerechnet). Insgesamt ergibt sich daraus die stattliche Zahl von beinahe 277 000 Wanderungsfällen, die 1964 die Altersgliederung und Erwerbsstruktur sowie die Bevölkerungsverteilung in unserem Lande beeinflußt haben.

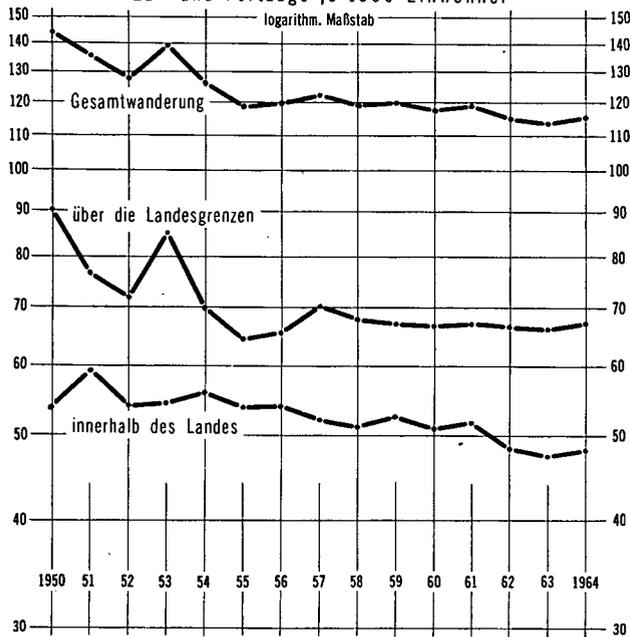
Setzt man dieses Wanderungsvolumen in Beziehung zur Einwohnerzahl, so ergeben sich 1964 auf 1 000 Einwohner 115 Umzüge, 1963 waren es 113. Dieser Anstieg der Umzugshäufigkeit gegenüber dem Vorjahr ist, wenn auch auffällig, so doch im langfristigen Vergleich nur von geringer Bedeutung. Die Mobilität der Bevölkerung ist seit 1950 sehr stark zurückgegangen, d. h. Wohnsitzwechsel von Gemeinde zu Gemeinde finden heute seltener statt. 1950 kamen in Schleswig-Holstein noch 144 Umzüge auf 1 000 Einwohner. Die allgemein sinkende Tendenz wurde nur 1953 durch einen vorübergehenden Anstieg unterbrochen. In jenem Jahr waren allein im Rahmen der gelenkten Umsiedlung 81 000 Personen aus Schleswig-Holstein in die sogen. "Aufnahmeländer" (zur Hauptsache nach Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg) gezogen.

Gliedert man die Gesamtmobilität in ihre beiden Komponenten, nämlich Zu- und Fort-



WANDERUNGEN 1950 - 1964

Zu- und Fortzüge je 1000 Einwohner



züge über die Landesgrenze und Binnenwanderung, so erweist sich die Außenwanderung stets als der stärkere Faktor. Während sich aber die Wanderungshäufigkeit über die Landesgrenzen in den letzten sechs Jahren annähernd konstant bei 67 je 1 000 Einwohner hielt, ist die Mobilitätsziffer für Umzüge innerhalb des Landes in der gleichen Zeit von 52 auf 48 Umzüge je 1 000 Einwohner gesunken. Demgemäß folgt die Kurve der gesamten Umzugshäufigkeit in der letzten Zeit mehr der Entwicklung bei der Binnenwanderung, während sie 1950 - 1956 mehr den Trend der Außenwanderung widerspiegelte.

Regionale Unterschiede der Mobilität

Die Umzugshäufigkeit unter der Bevölkerung variiert in ihrer Höhe recht stark von Kreis zu Kreis. So wurden 1964 im Verhältnis zur Einwohnerzahl die meisten Wohnsitzwechsel für den Kreis Südtondern registriert (245 je 1 000 Einwohner). Die niedrigste Mobilitätsziffer unter den Kreisen hatte Husum mit 123. Noch niedriger lagen zwar Neumünster (112) und Lübeck (98), doch sind diese Werte nicht mit denen der Kreise vergleichbar, da dort Umzüge innerhalb des Kreises eingeschlossen sind, Umzüge innerhalb des Stadtgebiets für die Wanderungsstatistik aber nicht berücksichtigt werden. Wie stark diese Umzüge zu Buche schlagen, läßt sich daraus ermesen, daß nach den internen Zählungen der Statistischen Ämter der Städte 1964 innerhalb Kiels 20 500 und innerhalb Lübecks 21 600 Personen umgezogen waren. In Kiel betrafen somit 37%, in Lübeck 48% der bei den Meldebehörden angezeigten

Wohnungswechsel nur die Stadtteile und griffen nicht über die Verwaltungsgrenzen der Stadt hinaus. In den Kreisen lag der Anteil der Umzüge innerhalb der Kreisgrenzen durchschnittlich bei 15% aller Wanderungsfälle. Da aber auch hier Umzüge innerhalb von Gemeinden nicht mitgezählt werden, lassen sich für die allgemeine Umzugshäufigkeit nur Mindestwerte ermitteln.

Bei den Wanderungen über die Landesgrenze führt ebenfalls der Kreis Südtondern mit einer Mobilitätsziffer von 129 Zu- und Fortzügen je 1 000 Einwohner. Neben den Umzügen von Saisonarbeitskräften von und nach den Nordseebädern dürften hier auch Versetzungen von Bundeswehrangehörigen eine wichtige Rolle spielen. In der Skala folgen dann die Kreise Pinneberg (117), Stormarn (100) und Hzgt. Lauenburg (88), die wegen ihrer Randlage zu Hamburg starke Bevölkerungsbewegungen zu verzeichnen haben. Auf diese Kreise entfielen 1964 beinahe drei Fünftel der gesamten Wanderungsfälle zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg. Ausgesprochen niedrig waren die Mobilitätsziffern der Außenwanderung in den Kreisen Husum (39), Süderdithmarschen (41), Schleswig (43) sowie Plön und Rendsburg (je 44). Husum

Zu- und Fortzüge in den Kreisen 1964

KREISFREIE STADT Kreis	Umzüge innerhalb des Kreises	Zu- züge	Fort- züge	Zu- und Fortzüge	
				innerhalb des Landes 1)	über die Landes- grenzen
je 1 000 Einwohner					
FLENSBURG	.	6 655	7 672	83	65
KIEL	.	16 577	17 791	67	60
LÜBECK	.	11 536	11 785	41	57
NEUMÜNSTER	.	4 216	4 235	66	46
Eckernförde	1 546	5 445	4 497	118	52
Eiderstedt	489	1 478	1 490	108	70
Eutin	1 331	6 898	6 476	97	63
Flensburg-Land	2 024	5 528	5 229	134	54
Hzgt. Lauenburg	2 730	9 037	8 488	61	88
Husum	1 459	3 051	3 435	83	39
Norderdithmarschen	1 612	3 168	3 492	92	49
Oldenburg (Holstein)	2 122	6 444	5 578	101	70
Pinneberg	4 774	20 031	14 510	51	117
Plön	2 682	7 849	7 455	115	44
Rendsburg	3 915	9 114	9 400	95	44
Schleswig	2 765	6 185	6 396	112	43
Segeberg	2 561	8 133	6 021	105	60
Steinburg	3 439	7 231	6 988	82	60
Stormarn	2 569	12 438	8 614	52	100
Süderdithmarschen	2 115	3 564	3 466	84	41
Südtondern	2 268	7 336	6 234	116	129
Schleswig-Holstein	40 401	161 914	149 252	48	67

1) Die Kreiswerte basieren auf den Umzügen innerhalb des Kreises sowie den Zu- und Fortzügen über die Kreisgrenzen, bei der Gesamtziffer für das Land sind neben den Umzügen innerhalb der Kreise nur die Zuzüge über die Kreisgrenzen berücksichtigt

und Süderdithmarschen bilden auch bei der Gesamtwanderung das Ende der Skala. In diesen Kreisen ist die Bevölkerungsfluktuation seit Jahren gering.

Bei den Wohnungswechseln innerhalb des Landes heben sich die drei an Hamburg grenzenden Kreise von allen übrigen Kreisen insofern ab, als hier die Binnenwanderungshäufigkeit weit unter der der Wanderungen über die Landesgrenzen liegt. Demgegenüber findet man die höchsten Häufigkeitsziffern für Wanderungsfälle innerhalb des Landes in den Kreisen Flensburg, Eckernförde, Südtondern, Plön und Schleswig.

Der Anteil der Außenwanderung an der Mobilität beträgt in Pinneberg, Stormarn und Lauenburg mehr als 50%, in den Kreisen Steinburg, Segeberg, Eutin und Oldenburg liegt er zwischen 30 und 40%. Mit Ausnahme von Südtondern (46%) und Eiderstedt (34%) haben die übrigen Kreise nur Außenwanderungsanteile von weniger als 30%. Man kann also feststellen, daß die Bedeutung der Wanderung über die Landesgrenzen für die Gesamtfuktuation der Bevölkerung in Schleswig-Holstein von Süden nach Norden - d. h. mit zunehmender Entfernung von Hamburg - abnimmt.

Der Bevölkerungsaustausch zwischen Schleswig-Holstein und anderen Gebieten war 1964 zu mehr als vier Fünfteln auf Wanderungen innerhalb der Bundesgrenzen zurückzuführen. Die stärksten Wanderungsströme flossen wie bisher von und nach Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. In diese drei Länder gingen im vergangenen Jahr 59% aller aus Schleswig-Holstein fortgezogenen Personen, von dort kamen 61% aller Zugezogenen. Hohe positive Wanderungssalden ergaben sich gegenüber Hamburg (+ 6 900) und Nordrhein-Westfalen (+ 1 900). Damit stammen aus diesen beiden Ländern etwa drei Viertel des gesamten Wanderungsgewinns unseres Landes. Wanderungsverluste wurden nur im Austausch mit den Ländern Hessen, Baden-Württemberg und Bayern registriert.

Bevölkerungsaustausch mit dem Ausland

Über die Auslandsgrenzen des Bundesgebietes zogen in Schleswig-Holstein 10 700 Personen zu und 8 200 fort. Das Volumen der Auslandswanderungen hat erneut zugenommen. Überhaupt hat der Bevölkerungsaustausch mit dem Ausland in den vergangenen Jahren stark an Umfang gewonnen. 1958 waren unter 100 in Schleswig-Holstein registrierten Zu- und Fortzügen vier Wohnungswechsel von und nach dem Ausland (11 100 Fälle). 1964 wurden 18 900 Umzüge über die Auslandsgrenzen gezählt, d. h. von 100 Wanderungs-

fällen waren sieben über die Auslandsgrenzen gegangen. Der hierbei erzielte Wanderungsgewinn lag ebenfalls höher als im Jahr zuvor, erreichte aber nicht die Höhe des Jahres 1962. Damals kamen bei einem Gesamtvolumen der Auslandswanderungen von 17 200 Fällen 3 400 Personen mehr aus dem Ausland nach Schleswig-Holstein, als von hier über die Grenzen fortzogen. Die Auslandswanderungen stellten 1962 etwa 39% des gesamten Wanderungsgewinnes. 1964 trugen die Wanderungen von und nach dem Ausland zum Wanderungsgewinn 19% bei.

Der beachtliche Anteil der Auslandswanderungen an allen Wanderungsfällen dürfte zur Hauptsache auf die Zuwanderung von Gastarbeitern zurückzuführen sein. Nach den Unterlagen der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist die Zahl der in Schleswig-Holstein tätigen Gastarbeiter von Juni 1961 bis September 1964 von 4 600 auf 11 700 Personen gestiegen.

In der Wanderungsbewegung mit den europäischen Staaten entfielen 1964 auf Spanien (1 404), die Türkei (1 173), Griechenland (986) und Italien (908) mit zusammen gut der Hälfte aller Zuzüge die größten Kontingente von Zuzügen nach Schleswig-Holstein. Die Staatsangehörigen dieser Länder bilden auch unter den ausländischen Arbeitnehmern die größten Gruppen. Unter den insgesamt fast 4 500 zugezogenen Personen aus den genannten vier Ländern waren nur 116 Deutsche. Bei den Fortzügen sind die Heimatländer der Gastarbeiter nicht so stark beteiligt. In diese Länder gingen nur knapp zwei Fünftel der in europäische Staaten fortgezogenen Männer und Frauen. Während bei den Zuzügen

Wanderungen nach Herkunfts- und Zielländern 1964

Herkunfts- bzw. Zielland	Zuzüge		Fortzüge		Wanderungssaldo
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Hamburg	25 247	35,0	18 303	28,9	6 944
Niedersachsen	14 267	19,8	13 524	21,4	743
Bremen	1 934	2,7	1 927	3,0	7
Nordrhein-Westfalen	13 914	19,3	11 974	18,9	1 940
Hessen	3 503	4,9	3 820	6,0	- 317
Rheinland-Pfalz	1 920	2,7	1 823	2,9	97
Baden-Württemberg	5 973	8,3	6 279	9,9	- 306
Bayern	4 937	6,9	5 308	8,4	- 371
Saarland	359	0,5	309	0,5	50
Bundesgebiet	72 054	100	63 267	100	8 787
		82,9		85,2	
Berlin (West)	2 731	3,1	2 581	3,5	150
SBZ und Berlin (Ost)	1 296	1,5	128	0,2	1 168
Deutsche Ostgebiete					
unter fremder Verwaltung	137	0,2	13	0,0	124
Ausland und ohne Angabe	10 711	12,3	8 278	11,1	2 433
Insgesamt	86 929	100	74 267	100	12 662

Spanien und die Türkei die höchsten absoluten Zahlen liefern, steht bei den Fortzügen hinter Spanien Dänemark an zweiter Stelle der Zielländer.

Am Gesamtvolumen der Wanderungen zwischen Schleswig-Holstein und europäischen Staaten sind Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit zu mehr als drei Vierteln beteiligt. Bei den Zuzügen beträgt der Ausländeranteil 83%, bei den Fortzügen nur 69%. Außerordentlich hohe Ausländeranteile wurden bei den Wanderungen von und nach Griechenland, der Türkei, Spanien, Italien und Finnland ermittelt. Die Tatsache, daß Finnland hier neben den vier südeuropäischen Ländern steht, mag zunächst merkwürdig erscheinen. Sie spiegelt eine besondere Arbeitsmarktlage wider, die - wengleich mit anderem Branchenschwerpunkt - auch zur Anwerbung von Gastarbeitern aus Südeuropa geführt hat: die auf Saisonarbeitskräfte angewiesenen Fremdenverkehrsbetriebe vor allem in den Nordseebädern haben in jenem Jahr wegen der Personalknappheit auf dem hiesigen Arbeitsmarkt kurzfristig finnische Studentinnen und Schülerinnen als Aushilfen eingestellt.

Bei der Aufgliederung der Wanderungsströme nach der Nationalität der Zu- und Fortgezogenen zeigen sich überaus hohe Beteiligungen von Deutschen bei den Wanderungen von und nach der Schweiz, von und nach Frankreich sowie mit Schweden und Großbritannien. Diese Länder und Dänemark

waren auch nach der absoluten Zahl der Wanderungsfälle die wichtigsten Länder bei den Zu- und Fortzügen deutscher Personen.

Für Ausländer wurden mehr Zuzüge (7 300) als Fortzüge (4 400) im Austausch mit europäischen Staaten festgestellt, und zwar ergaben sich für Schleswig-Holstein Zuwanderungsüberschüsse aus allen europäischen Staaten. Bei den Wanderungen deutscher Staatsangehöriger überwogen die Fortzüge (Wanderungsverlust 400 Personen). Zuzüge von Deutschen überwogen die Fortzüge - allerdings nur in ganz geringem Umfang - bei Italien, Großbritannien, der Türkei und den Niederlanden.

Die bei der Gesamtmobilität der Bevölkerung feststellbare stärkere Beteiligung des männlichen Geschlechts (insgesamt waren bei den Wanderungen die Männer zu 57% beteiligt) ist bei den Wanderungen über die Auslandsgrenzen von und nach europäischen Staaten noch stärker ausgeprägt. Der Männeranteil am gesamten Wanderungsvolumen betrug hier 61%. Anders ausgedrückt: bei der Gesamtwanderung entfielen auf jeweils 100 Wanderungsfälle von Frauen 130 von Männern, bei der Außenwanderung waren es 158 Männer je 100 Frauen. Die Männeranteile von und nach einigen Ländern zeigten sogar ein ganz beachtliches Übergewicht der Männer. So waren bei Italien und der Türkei die Männer an allen Wanderungsfällen etwa vier- bis fünfmal so stark beteiligt wie die Frauen, bei Spanien und den Niederlanden

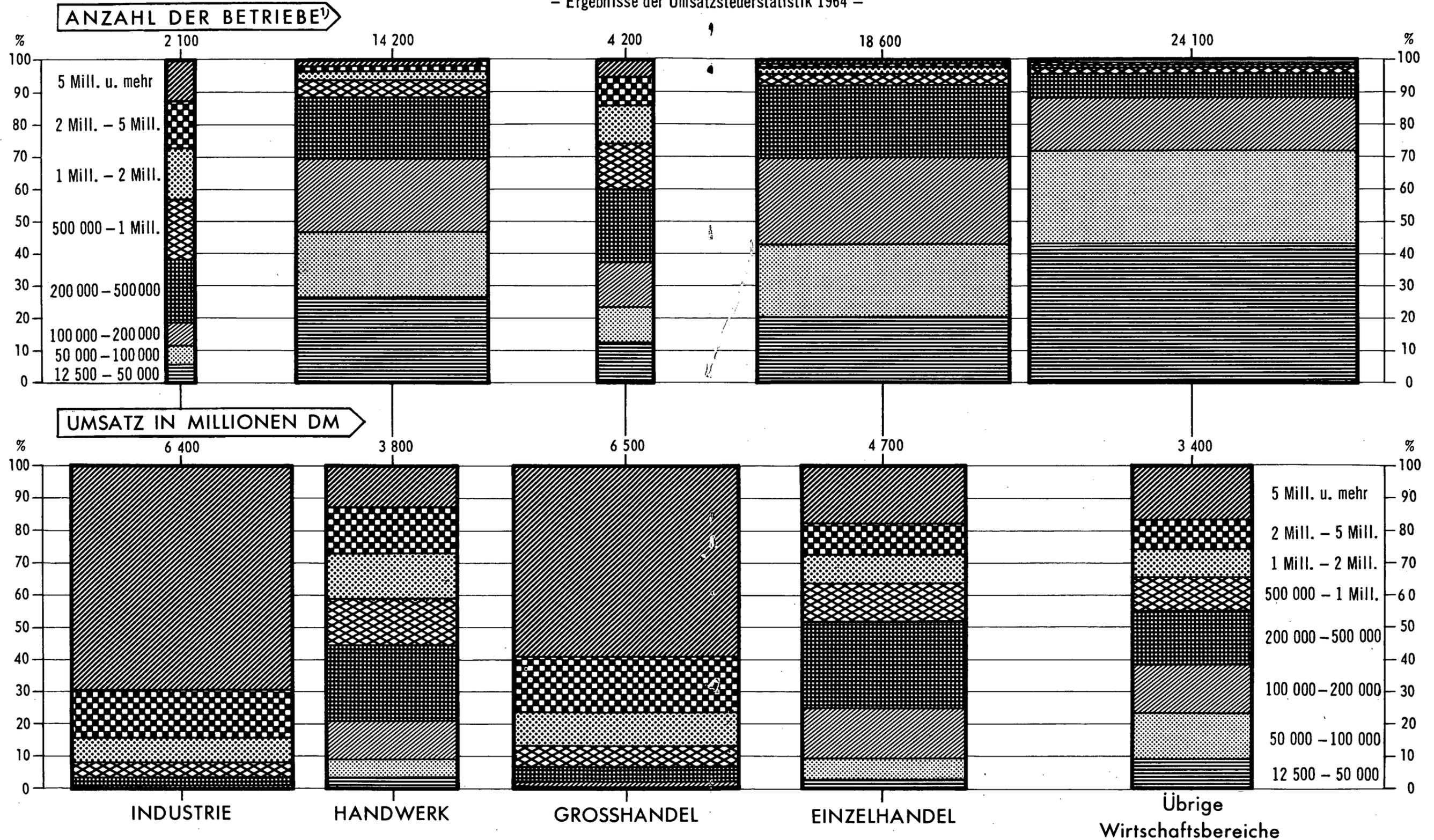
Wanderungen über die Auslandsgrenzen 1964

Herkunfts-/Zielland (-Kontinent)	Zuzüge			Fortzüge			Frauenanteil an den Zu- und Fortzügen %
	insgesamt	davon		insgesamt	davon		
		Deutsche	Ausländer		Deutsche	Ausländer	
Dänemark	735	164	571	835	387	448	47,4
Schweden	471	234	237	420	269	151	52,7
Finnland	598	18	580	420	22	398	78,9
Großbritannien	379	162	217	316	154	162	55,4
Niederlande	292	94	198	258	77	181	24,2
Frankreich	298	161	137	252	178	74	42,7
Schweiz	552	389	163	563	485	78	50,0
Österreich	398	79	319	290	96	194	44,2
Spanien	1 404	38	1 366	900	59	841	26,0
Italien	908	51	857	776	44	732	18,4
Griechenland	986	8	978	581	13	568	37,1
Türkei	1 173	19	1 154	247	10	237	16,1
Übriges Europa	657	127	530	509	169	340	47,3
Europa zusammen	8 851	1 544	7 307	6 367	1 963	4 404	38,8
Afrika	226	145	81	315	219	96	33,8
Amerika	1 048	588	460	1 114	826	288	50,0
Asien	293	86	207	180	73	107	26,0
Australien	194	129	65	202	164	38	47,0
Unbekanntes Ausland	47	41	6	66	55	11	4,4
insgesamt	10 659	2 533	8 126	8 244	3 300	4 944	39,6

DIE BETRIEBE UND IHRE UMSÄTZE IN SCHLESWIG - HOLSTEIN 1964

nach Wirtschaftsbereich und Umsatzgrößenklasse

- Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1964 -



1) Steuerpflichtige gemäß § 2 Umsatzsteuergesetz

war das Verhältnis Männer zu Frauen etwa drei zu eins. Andererseits stellten auch die Frauen bei einigen Ländern den größten Teil der Wanderungsfälle. Bei Finnland verteilte sich die Gesamtwanderung auf Männer und Frauen im Verhältnis eins zu vier. Trennt man außer nach dem Geschlecht auch wieder nach Ausländern und Deutschen, so zeigt sich, daß die Geschlechterproportion bei den Wanderungen der Ausländer erheblich viel stärker zu den Männern verschoben ist als bei den Deutschen. Bei den Deutschen sind die Frauen geringfügig stärker an der Wanderung beteiligt als die Männer; unter den Ausländern stellen die Männer einen beinahe doppelt so hohen Anteil an den Wanderungen wie die Frauen.

In außereuropäische Länder verzogen 1964 rund 1 900 Personen gegenüber 1 800, die aus solchen Staaten zuzogen. Diese Wanderungen stellen mithin nur ein Fünftel des Wanderungsvolumens zwischen Schleswig-Holstein und dem Ausland. 1958 lag der Anteil der Wanderungen von und nach außereuropäischen Ländern noch bei 30% aller Zu- und Fortzüge über die Auslandsgrenzen. Seither hat sich die Zahl der Wohnsitzwechsel zwischen unserem Land und den europäischen Staaten fast verdoppelt, die Zahl der Wanderungsfälle von und nach anderen Kontinenten ist jedoch nur um gut ein Zehntel gestiegen.

Wichtigster Ziel- und Herkunftskontinent ist nach wie vor Amerika mit über 1 000 Zuzügen und gut 1 100 Fortzügen. Die meisten Wanderungsfälle wurden hier für die Vereinigten Staaten (nahezu 600 Zuzüge und 700 Fortzüge) und Kanada (gut 200 Zuzüge und knapp 300 Fortzüge) ermittelt. Die Bedeutung, die Amerika bei den Auslandswanderungen ehemals hatte, ist allerdings stark zurückgegangen. 1964 waren amerikanische Staaten nur noch zu 11% am gesamten Bevölkerungsaustausch unseres Landes mit dem Ausland beteiligt.

1958 waren auf Amerika aber noch 22% der Wanderungsfälle über die Auslandsgrenzen entfallen.

Wie bei den innereuropäischen Wanderungen ergab sich 1964 auch in der Wanderungsbilanz mit anderen Kontinenten ein Zuwanderungsüberschuß bei den Ausländern und ein Abwanderungsüberschuß bei den Deutschen. Jedoch sind die Deutschen sowohl bei den Zu- als auch bei den Fortzügen stärker beteiligt als die Ausländer. Sie stellen 55% der registrierten Zuzüge und sogar 71% der registrierten Fortzüge. Besonders hohe Ausländerquoten zeigten sich nur im Wanderungsaustausch mit asiatischen Staaten. Bei den Wanderungen nach Afrika, Amerika und Australien waren deutsche Staatsangehörige stärker beteiligt als Ausländer.

Wanderungen nach Gemeindegrößen

Wie schon an den Kreisergebnissen gezeigt wurde, erreichten die Wanderungen keineswegs in allen Teilen unseres Landes den gleichen Umfang. Bestimmte Gebiete im Einzugsbereich der Städte haben als Wohngebieten eine besondere Anziehungskraft, in den Städten selbst finden Erwerbstätige oftmals günstigere Arbeitsbedingungen als in kleinen Orten. Welche verschiedenen Motive einen Wohnwechsel bestimmen, läßt sich kaum ermitteln. Eine Grundtendenz ist jedoch aus der Aufgliederung der Zu- und Fortzüge nach der Größe der Herkunft- und Zielorte deutlich erkennbar: die kleineren Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern registrieren seit Jahren Abwanderungen in größere Gemeinden. Das Ausmaß der Wanderungsverluste zu Lasten kleinerer Gemeinden hat sich allerdings seit 1958 stark verringert. Aus diesen Gemeinden zogen 1964 rund 3 400 Personen mehr fort als dorthin, 1958 hatte der Wanderungsverlust noch ungefähr 6 900

Wanderungssalden nach Gemeindegrößenklassen 1964

Gemeinden mit ... Einwohnern	Wanderungsgewinn/-verlust aus Wanderungen			Insgesamt	
	Innerhalb Schleswig-Holsteins	mit anderen Bundesländern	über die Bundesgrenzen	Anzahl	je 1 000 Einwohner
weniger als 1 000	- 3 647	- 169	+ 418	- 3 398	- 8,2
1 000 - 2 000	+ 330	+ 1 029	+ 322	+ 1 681	+ 7,6
2 000 - 5 000	+ 1 872	+ 1 876	+ 452	+ 4 200	+ 16,7
5 000 - 20 000	+ 2 893	+ 5 606	+ 1 031	+ 9 530	+ 18,4
20 000 - 100 000	+ 411	+ 1 274	+ 696	+ 3 148	+ 6,5
100 000 und mehr	- 1 859	- 829	+ 956	- 2 499	- 4,9
insgesamt	-	+ 8 787	+ 3 875	+ 12 662	+ 5,3

Personen betragen. In der Gruppe der Gemeinden mit 1 000 bis 2 000 Einwohnern, die 1958 bis 1960 ebenfalls mehr Fortzüge als Zuzüge hatten, wurden seit 1961 Wanderungsgewinne festgestellt. Sie stammten aber 1964 zur Hauptsache aus Zu- und Fortzügen über die Landesgrenzen. Die Abwanderungen aus den kleineren Gemeinden sind demnach wohl eher den Gemeinden mit 2 000 bis 5 000 Einwohnern und den mittleren Städten mit 5 000 bis 20 000 Einwohnern zugute gekommen. In diesen Gemeindegrößenklassen wurden auch die höchsten Mobilitätsziffern ermittelt, nämlich 110 Zuzüge und 91 Fortzüge je 1 000 Personen in Gemeinden mit 5 000 bis 20 000 Einwohnern sowie 106 Zu- und 89 Fortzüge in Gemeinden mit 2 000 bis 5 000 Einwohnern. Die Großstädte (Kiel und Lübeck) in der Größenklasse "100 000 und mehr" verzeichnen seit 1962 Wanderungsverluste, vor allem in der Binnenwanderung.

Die Verteilung der gesamten Zu- und Fortzüge in den Gemeindegrößenklassen auf die drei Wanderungsarten (Binnenwanderung, Wanderungen mit anderen Bundesländern und Auslandszüge) zeigte 1964 nebenstehende Werte.

Je kleiner die Gemeinden sind, desto stärker fallen also die Umzüge im Rahmen der Binnenwanderung ins Gewicht. Sie stellen in den kleinen Gemeinden die Masse des Wanderungsvolumens. Mit zunehmender Ge-

Wanderungsstruktur nach Gemeindegrößenklassen 1964

Gemeinden mit ... Einwohnern	Von 100 Wanderungsfällen entfielen auf Wanderungen		
	Innerhalb Schleswig- Holsteins	mit anderen Bundes- ländern	über die Bundes- grenzen
weniger als 1 000	80	17	4
1 000 - 2 000	71	25	4
2 000 - 5 000	60	35	6
5 000 - 20 000	51	42	7
20 000 - 100 000	43	48	9
100 000 und mehr	58	33	8

meindegröße treten die Wohnungswechsel innerhalb des Landes zurück, gleichzeitig gewinnen die Wanderungen von und nach anderen Bundesländern größere Bedeutung mit der Höchstquote in Gemeinden mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern. In den Großstädten ist der Wanderaustausch mit anderen Bundesländern wieder geringer, da hier wohl vor allem die Stadt-/Umland-Wanderungen den Anteil der Binnenwanderungsfälle auf mehr als die Hälfte ausdehnen. Der Anteil der Auslandswanderungen am Gesamtvolumen nimmt ebenfalls mit steigender Einwohnerzahl der Gemeinden zu.

Dipl.-Volksw. Klaus Kamp

Vergleiche auch: "Wanderungen 1961" in Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 20 (Januar) und "Wanderungen 1964" in Wirtschaft und Statistik 1965, S. 437 (Juli)

Handelsdüngeraufwand in Schleswig-Holstein, den Bundesländern und den EWG-Ländern

Von Juli 1964 bis Juni 1965 wurden 84 000 t Rein-N (Stickstoff), 79 000 t Rein-P₂O₅ (Phosphat) und 92 000 t Rein-K₂O (Kali) zum Verbrauch in der schleswig-holsteinischen und Hamburger Landwirtschaft geliefert. Hinzu kommen 44 000 t Rein-CaO in Form von Kalkdüngemitteln. Für diese Mengen dürften einschließlich Fracht schätzungsweise mindestens 200 Mill. DM¹ insgesamt oder 165 DM/ha LN¹ im Durchschnitt aufgewandt worden sein.

1964/65 wurden 69 kg N je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche aufgewandt. Gegenüber dem Vorjahr wurde der Stickstoffverbrauch um 8% gesteigert, gegenüber 1938/39 verdreifacht.

Um 6% nahm der Phosphatverbrauch gegenüber 1963/64 zu. Gegenüber 1938/39 wurde mit

Der Handelsdüngeraufwand in Schleswig-Holstein und Hamburg

Düngemittel- art	Einheit	1938/39	1950/51	1963/64	1964/65
Stickstoff	1 000 t N	28,9	31,3	78,2	84,3
	kg N/ha LN	23,0	26,4	64,3	69,3
Phosphat	1 000 t P ₂ O ₅	41,4	43,6	74,1	78,6
	kg P ₂ O ₅ /ha LN	33,0	36,7	60,9	64,6
Kali	1 000 t K ₂ O	58,2	66,4	95,8	92,3
	kg K ₂ O/ha LN	46,4	54,9	78,7	75,9
Kalk ¹	1 000 t CaO	118,3	73,4	38,6	44,0
	kg CaO/ha LN	94,3	61,9	31,8	36,2

¹) nur Kalk in reinen Kalkdüngemitteln

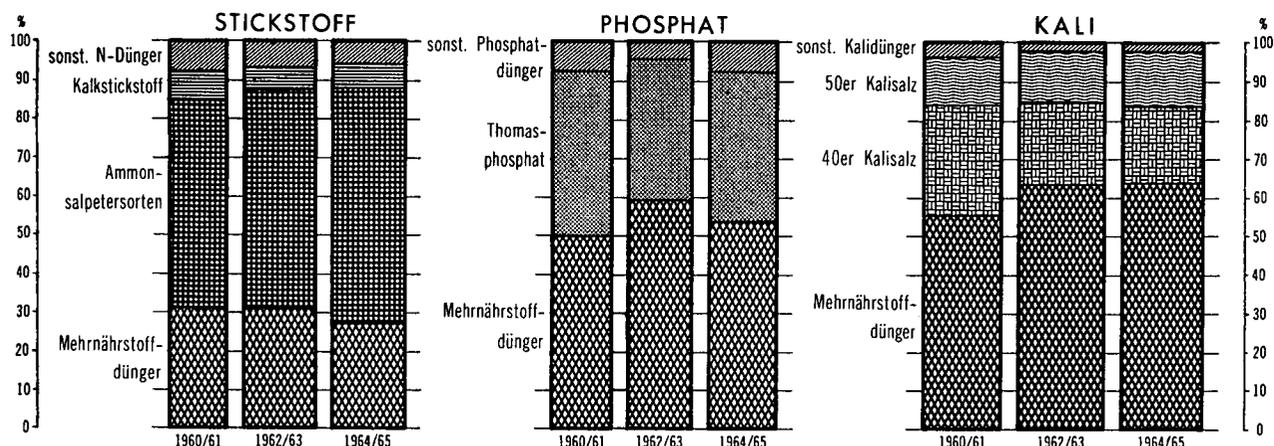
65 kg P₂O₅ je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche der Aufwand fast verdoppelt.

Der Kaliverbrauch hat in den letzten Jahren kaum noch zugenommen. Er ging gegenüber 1963/64 sogar um 4% zurück. Gegenüber 1938/39 hat der Kaliverbrauch um 59% und

¹) geschätzt

ANTEIL DER DÜNGERSORTEN AM GESAMTABSATZ

- berechnet in t Reinnährstoff -



damit im Vergleich zu Stickstoff und Phosphat nur schwach zugenommen. Je ha LN wurden 1964/65 76 kg K_2O aufgewandt.

Der Kalkverbrauch in Form von reinen Kalkdüngemitteln ist im letzten Jahr zwar angestiegen, hat aber langfristig sehr stark abgenommen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in den Stickstoff- und Phosphatdüngemitteln erhebliche Mengen Kalk enthalten sind. Da der Verbrauch dieser Düngemittel laufend angestiegen ist, wurde damit der Minderverbrauch an reinen Kalkdüngemitteln wahrscheinlich annähernd ausgeglichen, so daß die Gesamtzufuhr von Kalk je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche langfristig nicht wesentlich abgesunken sein dürfte. Schätzungsweise wurden 1964/65 mit den reinen Kalkdüngemitteln nur 36 kg CaO je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche aufgewandt, durch die übrigen Düngemittel jedoch nochmals mindestens 160 kg; damit wurden einem ha LN durchschnittlich insgesamt mindestens 200 kg CaO zugeführt.

Die Anteile der Düngemittelsorten am Gesamtabsatz der einzelnen Nährstoffe haben sich

in den vergangenen Jahren sehr stark gewandelt. Aus arbeitswirtschaftlichen Gründen wurden in zunehmendem Maße Mehrenährstoffdünger verwendet. Der Mehrpreis je Nährstoffeinheit bei den Mehrenährstoffdüngern im Vergleich zu den Einnährstoffdüngern wurde teilweise durch Kostenersparnisse beim Transport und Ausbringen des Düngers ausgeglichen. In den letzten Jahren hat sich der Trend zu Mehrenährstoffdüngern jedoch nicht mehr verstärkt. Die Anteile der einzelnen Düngerarten sind seit 1962/63 annähernd gleich geblieben. 1964/65 entfielen von der Gesamtlieferung an Reinnährstoffen bei Kali knapp zwei Drittel, bei Phosphat gut die Hälfte und bei Stickstoff gut ein Viertel auf Mehrenährstoffdünger. Beim Stickstoff kommt den Ammonsalpetersorten die Hauptbedeutung zu, bei Phosphat und Kali nach den Mehrenährstoffdüngern dem Thomasphosphat sowie den 40er- und 50er-Kalisalzen. Alle übrigen Einnährstoffdünger liegen mit ihren Anteilen weit unter 10%. Von den Mehrenährstoffdüngern sind die NPK-(Stickstoff-Phosphat-Kali-)Dünger am verbreitetsten.

Der Handelsdüngerverbrauch in den Bundesländern

kg Reinnährstoff je ha LN

Land	Stickstoff N		Phosphat P_2O_5		Kali K_2O		Kalk ³ CaO	
	1963/64	1964/65	1963/64	1964/65	1963/64	1964/65	1963/64	1964/65
Nordrhein-Westfalen	71,1	72,6	61,0	63,0	101,2	104,6	52,0	58,0
Schleswig-Holstein ¹	64,3	69,3	60,9	64,6	78,5	75,9	31,8	36,2
Niedersachsen ²	63,7	69,4	57,8	62,1	95,9	98,0	46,3	54,0
Rheinland-Pfalz	53,0	55,6	56,5	61,4	74,0	77,2	28,3	31,4
Hessen	50,1	52,4	51,0	57,0	69,1	73,7	28,4	24,7
Bayern	41,8	42,6	50,9	54,3	71,1	78,8	32,5	32,4
Baden-Württemberg	34,8	37,3	44,9	48,5	60,3	67,3	12,4	12,3
Berlin	20,8	32,3	21,6	27,9	39,5	45,4	95,9	89,6
Saarland	22,8	28,8	25,7	29,2	33,0	34,5	7,4	9,6
Bundesrepublik	52,7	55,5	53,9	57,7	79,4	83,8	34,6	37,4

1) einschließlich Hamburg

2) einschließlich Bremen

3) nur CaO in Kalkdüngemitteln

Quelle: Statistisches Bundesamt

Im Wirtschaftsjahr 1964/65 wurden in der Bundesrepublik Deutschland 784 000 t N in Stickstoffdüngern, 816 000 t P₂O₅ in Phosphatdüngern, 1 184 000 t K₂O in Kalidüngern und 529 000 t CaO in Kalkdüngern an die Landwirtschaft geliefert, das sind 5% N, 7% P₂O₅ und 5% K₂O mehr als im Vorjahr. Je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche wurden durchschnittlich 55 kg N, 58 kg P₂O₅ und 84 kg K₂O aufgewandt.

Den höchsten Verbrauch an Handelsdünger je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche hatte wie schon seit Jahren und wie bereits in den Vorkriegsjahren Nordrhein-Westfalen. Schleswig-Holstein liegt im Stickstoff- und Phosphatverbrauch zusammen mit Niedersachsen an zweiter Stelle. Im Kaliverbrauch liegt Niedersachsen allerdings noch um rd. 20 kg je ha LN höher als Schleswig-Holstein. Am niedrigsten ist der Handelsdüngeraufwand in Berlin und im Saarland. Auch in Baden-Württemberg ist besonders der Aufwand an Stickstoff und Phosphat je ha LN vergleichsweise noch recht niedrig.

Die Steigerung des Handelsdüngerverbrauches seit den Vorkriegsjahren war in Schleswig-Holstein wesentlich stärker als in anderen Bundesländern. Im Jahre 1938/39 wurde Schleswig-Holstein im Stickstoffverbrauch je ha landw. Nutzfläche außer von Nordrhein-Westfalen auch noch von Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Hessen übertroffen und lag im Stickstoffverbrauch knapp unter, im Phosphat- und Kaliverbrauch etwas über dem durchschnittlichen Verbrauch des Gebiets der jetzigen Bundesrepublik Deutschland.

Eine Gegenüberstellung des Verbrauchs an Handelsdünger je ha LN der einzelnen EWG-Länder zeigt außerordentlich starke Unterschiede. Diese Unterschiede sind durch

Der Handelsdüngerverbrauch in den EWG-Ländern
im Durchschnitt 1962/63 und 1963/64
kg Reinnährstoff je ha LN¹

Land	Stickstoff N	Phosphat P ₂ O ₅	Kali K ₂ O
Bundesrepublik Deutschland	53,8	52,5	78,7
Schleswig-Holstein ²	66,4	61,0	79,8
Frankreich	21,4	34,3	27,5
Italien	19,1	18,6	6,7
Niederlande	126,3	48,3	58,7
Belgien	77,5	67,6	91,2
Luxemburg	40,0	45,1	47,8
EWG	31,8	34,9	34,4
Dänemark	48,5	38,3	59,0

¹) Acker- und Gartenland, Dauergrünland und Dauerkulturen; für Dänemark ist in der Quelle die Bezugsfläche nicht definiert

²) einschl. Hamburg

Quelle: Agrarstatistik, 1964 - Nr. 6, Statistisches Amt der EWG, Brüssel, Statistik Årbog, 1963/64 und 1964/65, Denmark, Statistiske Departement, København 1964 und 1965 und Statistisches Bundesamt

verschiedenste Ursachen bedingt. So bewirken nicht nur Bodengüte und Klima, sondern ebenso Anbauverhältnisse, Betriebsgrößen- und Besitzstruktur und nicht zuletzt die jeweiligen Preis-Kostenverhältnisse zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugnissen und den Düngemitteln unterschiedliche Aufwandsmengen an Handelsdünger. Auch die Ausbildung und Aufklärung der in der Landwirtschaft tätigen Personen dürfte von Einfluß sein auf das Niveau der landwirtschaftlichen Erzeugung und damit auch auf den Handelsdüngeraufwand.

Unter Berücksichtigung des durch Boden und Klima Möglichen gibt die Höhe des Handelsdüngeraufwandes in den einzelnen Ländern einen guten Überblick über die Intensität der Bodennutzung und darüber hinaus ein gewisses Maß für die Produktionsreserven der Länder.

Mit Abstand die höchste Intensität der Bodenproduktion haben mit einem Aufwand von 126 kg N je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche im Durchschnitt der Jahre 1962/63 und 1963/64 die Niederlande. Mit dem Phosphat- und Kaliumaufwand liegen die Niederlande allerdings niedriger als Belgien und auch noch als die Bundesrepublik Deutschland. Belgien liegt mit 78 kg N je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche ebenfalls auf einem beachtlichen Niveau und mit 68 kg P₂O₅ und 91 kg K₂O sogar an der Spitze sämtlicher EWG-Länder.

In der Bundesrepublik Deutschland werden nur 43% der Stickstoffmengen der Niederlande je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche aufgewandt. Mit 54 kg wird der EWG-Durchschnitt jedoch noch erheblich übertroffen. Beachtlich hoch sind vergleichsweise die Aufwendungen an Phosphat- und Kalidüngemitteln in der Bundesrepublik Deutschland.

Die geringsten Handelsdüngermengen innerhalb der EWG werden in Italien je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche aufgewandt. Kali wird in Italien praktisch nicht ausgestreut. Auch der Phosphataufwand ist mit 19 kg P₂O₅ je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche minimal. Die Preise für Stickstoff und Phosphate in Italien, gemessen an der Kaufkraft des Weizens, unterscheiden sich kaum von denen in Deutschland.

Recht niedrig ist auch der Handelsdünger-, insbesondere der Stickstoffaufwand in Frankreich, obwohl auch hier sämtliche Düngemittel, wiederum gemessen an der Kaufkraft des Weizens, nicht teurer, eher billiger sind als in Deutschland.

Auch in der Preisentwicklung haben sich in Frankreich und Italien, mehr aber noch in den Niederlanden und in Belgien die Relationen

Die Preisentwicklung von Weizen und Handelsdünger
in den EWG-Ländern

Land	Produkt	Veränderung von 1950/51 bis 1962/63 %
Bundesrepublik Deutschland	Weizen	+ 30
	Handelsdünger	+ 22
Frankreich	Weizen	+ 57
	Handelsdünger ¹	+ 48
Italien ²	Weizen	+ 3
	Handelsdünger	- 12
Niederlande	Weizen	+ 34
	Handelsdünger	+ 14
Belgien	Weizen	+ 12
	Handelsdünger	- 12

1) Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmittel

2) Veränderung bis 1961/62

Quelle: Agrarstatistik, 1964 - Nr. 3, Statistisches Amt der EWG, Brüssel

der Weizenpreise zu den Handelsdüngerpreisen wesentlich mehr verbessert als in der Bundesrepublik Deutschland.

Über dem EWG-Durchschnitt, jedoch niedriger als in der Bundesrepublik, liegt der Handelsdüngeraufwand in Dänemark.

Im allgemeinen ist die Zunahme des Handelsdüngeraufwandes um so höher, je niedriger der absolute Verbrauch je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche war und ist. Das gilt besonders für die Verbrauchszunahme bei allen Nährstoffen in Frankreich und bei Stickstoff und Kali in Italien. In Italien ist die geringe Zunahme des Phosphatverbrauchs bemerkenswert, der dort auch 1963/64 noch außerordentlich niedrig war. Der Kaliverbrauch hat in Italien zwar sehr stark zugenommen, ist jedoch mit knapp 7 kg Reinnährstoff je ha LN auch 1963/64 praktisch ohne Wirkung. Der niedrige Düngeraufwand Italiens dürfte sehr stark durch die klimatischen Verhältnisse bedingt sein. Es gibt dort sehr umfangreiche Landstriche, in denen praktisch kein Handelsdünger ausgestreut wird, da Boden und Niederschläge keine ertragsteigernde Wirkung des Handelsdüngers versprechen. Handelsdünger dürfte im wesentlichen nur in den fruchtbaren Flußniederungen und Küstenlandstrichen angewandt werden.

Die französischen Landwirte haben, wie auch die deutschen, niederländischen und belgischen, den Stickstoffaufwand am stärksten gesteigert. In Frankreich sind auch die Zuwachsraten bei Phosphat und Kali beachtlich hoch.

In Deutschland wurde ebenfalls der Stickstoffverbrauch am stärksten angehoben. Aber auch die beiden übrigen Hauptnährstoffe erreichen - zumindest seit 1950/51 - ähnlich hohe Steigerungsquoten, so daß ein etwa

Die Entwicklung des Handelsdüngerverbrauchs
in den EWG-Ländern 1963/64

Land	Nährstoff	Meßzahlen	
		Vorkrieg ¹ = 100	1950/51 = 100
Bundesrepublik Deutschland	Stickstoff (N)	258	205
	Phosphat (P ₂ O ₅)	204	182
	Kali (K ₂ O)	204	171
Schleswig-Holstein	Stickstoff (N)	269	250
	Phosphat (P ₂ O ₅)	256	169
	Kali (K ₂ O)	182	145
Frankreich	Stickstoff (N)	358	299
	Phosphat (P ₂ O ₅)	288	276
	Kali (K ₂ O)	340	249
Italien	Stickstoff (N)	336	241
	Phosphat (P ₂ O ₅)	134	115
	Kali (K ₂ O)	858	543
Niederlande	Stickstoff (N)	300	187
	Phosphat (P ₂ O ₅)	118	101
	Kali (K ₂ O)	124	94
Belgien	Stickstoff (N)	261	180
	Phosphat (P ₂ O ₅)	198	148
	Kali (K ₂ O)	324	111
Luxemburg	Stickstoff (N)	177	155
	Phosphat (P ₂ O ₅)	122	132
	Kali (K ₂ O)	558	188
EWG	Stickstoff (N)	302	229
	Phosphat (P ₂ O ₅)	211	188
	Kali (K ₂ O)	251	184

1) Die zugrunde gelegten Vorkriegsjahre sind innerhalb eines Landes gleich, nicht jedoch zwischen den Ländern

Quelle: Agrarstatistik, 1964 - Nr. 6, Statistisches Amt der EWG, Brüssel

ausgeglichenes Nährstoffverhältnis bestehen geblieben ist. In Schleswig-Holstein wurde der Stickstoffverbrauch wesentlich stärker, der Kaliverbrauch dagegen nicht so stark ausgedehnt wie in der gesamten Bundesrepublik.

Sehr verschiedenartig ist die Verbrauchsentwicklung der einzelnen Hauptnährstoffe in den Niederlanden. Hier wurde der Stickstoffverbrauch seit der Vorkriegszeit verdreifacht und seit 1950/51 annähernd verdoppelt. Dabei wurde in den Niederlanden bereits vor dem Krieg annähernd so viel Stickstoff je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche aufgewandt wie 1963/64 in der Bundesrepublik Deutschland und etwa doppelt so viel wie 1963/64 in Frankreich und Italien.

Nur wenig wurde dagegen der Phosphat- und Kaliverbrauch gesteigert, so daß sich das Nährstoffverhältnis sehr stark zugunsten des Stickstoffs verschoben hat.

Nachfolgend seien die Nährstoffverhältnisse einiger EWG-Länder, Dänemarks und Schleswig-Holsteins im Wirtschaftsjahr 1963/64 aufgeführt:

Erträge ausgewählter Fruchtarten
in den EWG-Ländern, Dänemark und Schleswig-Holstein
Durchschnitt 1962 bis 1964

Land	N	P ₂ O ₅	K ₂ O
Bundesrepublik Deutschland	100	102	151
Schleswig-Holstein	100	95	122
Frankreich	100	157	125
Italien	100	95	35
Niederlande	100	42	51
Belgien	100	86	121
Dänemark	100	79	122

Der Handelsdünger dient dazu, die Erträge der landwirtschaftlichen Kulturfrüchte zu steigern. In niederschlagsreichen Gebieten wie in Deutschland, den Niederlanden und Teilen Frankreichs lassen sich die Erträge allein durch Anwendung der drei Hauptnährstoffe Stickstoff, Phosphat und Kali beachtlich steigern. In niederschlagsärmeren und in Gebieten mit stärkerer Wasserverdunstung bringt Handelsdünger allein keinen Mehrertrag; hier muß den Pflanzen vor allem Wasser zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Letzteres ist in weiten Teilen Italiens und in Teilen Frankreichs der Fall. Außer der Höhe des Handelsdüngeraufwandes, der Bodengüten und der Niederschlagsmengen sind unzählige weitere Faktoren wie z. B. Temperaturen, Art des Fruchtwechsels, Stand der Schädlingsbekämpfung, Güte des Saatgutes von Einfluß auf die Erträge der Kulturpflanzen. Da diese aber wiederum in gegenseitiger Beziehung und vor allem in Beziehung zum Handelsdüngeraufwand stehen, seien nachfolgend die Erträge und die Entwicklung der Erträge in den EWG-Ländern und in Dänemark aufgeführt.

Eine Gegenüberstellung der Hektarerträge einiger wichtiger Fruchtarten und des Düngemittelaufwandes je ha LN läßt eine sehr enge Beziehung erkennen, wobei nochmals darauf hingewiesen sei, daß ein hoher Düngeraufwand nicht nur auf eine allgemein intensive Bewirtschaftung, sondern auch auf günstige Ertragsvoraussetzungen schließen läßt.

Die höchsten Hektarerträge werden bei allen aufgeführten Fruchtarten in den Niederlanden erzielt. Es folgt, wie beim Düngemittelaufwand, Belgien mit den zweithöchsten Erträgen innerhalb der EWG. Über dem EWG-Durchschnitt liegen auch die Erträge in der Bundesrepublik Deutschland. Schleswig-Holstein erreicht mit einem höheren Düngemittelaufwand zwar höhere Getreide-, Kartoffel- und Raps-erträge als die EWG-Länder zusammen, erreicht aber nicht deren durchschnittliche Zuckerrüben-erträge.

In Dänemark wird zwar etwas mehr Handelsdünger als im EWG-Durchschnitt, jedoch weniger als in der Bundesrepublik Deutschland und als in Schleswig-Holstein gestreut. Trotzdem liegen hier die Getreide- und Zucker-

Land	Fruchtart	Ertrag dz/ha	Meßzahl	
			Vor- krieg ¹ = 100	Ø 1950-1952 = 100
Bundesrepublik Deutschland	Getreide insges. ²	31,8	142	130
	dar. Weizen	35,3	144	129
	Kartoffeln	260,7	141	117
	Zuckerrüben	379,0	116	114
Schleswig- Holstein	Getreide insges. ²	32,9	144	130
	dar. Weizen	38,7	141	122
	Kartoffeln	259,3	149	117
	Zuckerrüben	343,7	112	118
Frankreich	Getreide insges. ²	27,4 ^a	189	167
	dar. Weizen	29,4	188	163
	Kartoffeln	168,0 ^b	150	135
	Zuckerrüben	349,7	127	122
Italien	Getreide insges. ²	21,3	138	134
	dar. Weizen	19,6	137	123
	Kartoffeln	105,3	157	153
	Zuckerrüben	335,0	132	122
Niederlande	Getreide insges. ²	39,3	153	129
	dar. Weizen	44,9	153	125
	Kartoffeln	308,0	.	124
	Zuckerrüben	419,3	110	101
Belgien	Getreide insges. ²	37,5	143	126
	dar. Weizen	39,8	148	123
	Kartoffeln	261,0	130	111
	Zuckerrüben	405,3	140	115
Luxemburg	Getreide insges. ²	23,5	141	129
	dar. Weizen	23,5	128	124
	Kartoffeln	225,7	187	125
	Zuckerrüben	.	.	.
EWG	Getreide insges. ²	27,2	160	146
	dar. Weizen	26,4	162	143
	Kartoffeln	206,3	.	122
	Zuckerrüben	363,3	125	118
Dänemark ³	Getreide insges. ²	37,4	.	116 ^c
	dar. Weizen	40,2	.	110
	Kartoffeln	206,0	.	107
	Zuckerrüben	365,0	.	110

1) Die zugrunde gelegten Vorkriegsjahre sind innerhalb eines Landes gleich, nicht jedoch zwischen den Ländern; Schleswig-Holstein = Ø 1935/38 2) ohne Rets 3) Meßzahl, letzte Spalte: Ø 1948/52 = 100
a) 1964 ohne Hirse und Sorgum b) 1964 ohne Frühkartoffeln im Erwerbsgartenbau c) 1948/52 ohne Sommermenggetreide

Quellen: Agrarstatistik 1959 - Nr. 6 und 1965 - Nr. 1, Statistisches Amt der EWG, Brüssel, Statistik Arborg 1963/64 und 1964/65, Denmark, Statistiske Departement, København 1964 und 1965, Production Yearbook 1964, Vol. 18, F.A.O., Rome 1965

rüben-erträge auf annähernd gleicher Höhe wie in Schleswig-Holstein. Nur die Kartoffel-erträge fallen etwas ab.

Die Entwicklung der Getreide- und Hackfrucherträge seit den Vorkriegsjahren und seit 1950/52 zeigt, daß in allen hier aufgeführten Ländern mit steigendem Handelsdüngeraufwand auch das Ertragsniveau der Feldfrüchte angestiegen ist, für das zwar der Handelsdüngeraufwand nicht allein, zumindest aber überwiegend ausschlaggebend sein dürfte.

Für Schleswig-Holstein zeigt insbesondere das Beispiel der Niederlande, einem Land mit ähnlichen Boden- und Klimaverhältnissen, daß die Ertragsreserven Schleswig-Holsteins bei weitem noch nicht erschöpft sind, sondern daß die Erträge allein durch Steigerung des durchschnittlichen Handelsdüngeraufwandes noch erheblich gesteigert werden könnten, und zwar nicht nur bei Getreide und Hackfrüchten, sondern - wahrscheinlich stärker noch - auch beim Grünland.

Begriffe und Methoden

Die Angaben über Lieferungen an Handelsdüngemitteln für den Verbrauch innerhalb eines Wirtschaftsjahres decken sich nicht genau mit dem tatsächlichen Verbrauch, da sich durch Frühbezug

und Lagerhaltung Verschiebungen ergeben können, die sich jedoch in engen Grenzen halten. In den Angaben für Kalkdüngemittel sind nur die Mengen an CaO (und CaCO₃) in reinen Düngerkalken enthalten; die Kalkgehalte anderer Nährstoffträger blieben in der Statistik unberücksichtigt.

Für die Kalkzufuhr durch Stickstoff- und Phosphatdüngemittel sowie für die Düngemittelpreise liegen keine genauen und voll vergleichbaren Angaben vor. Die Aussagen darüber beruhen auf Schätzungen des Verfassers und können daher nur ungefähre Größenordnungen vermitteln.

Schleswig-Holstein und Hamburg sind zu einem Gebiet zusammengefaßt. Bei den Zahlen 1964/65 handelt es sich um vorläufige Ergebnisse.

Dr. Matthias Sievers

Vergleiche auch: "Die Lieferung von Handelsdünger für den Verbrauch in der Landwirtschaft 1962/63" in Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 371 (Dezember)

Das Personal im öffentlichen Dienst 1964

Jeder 10. Erwerbstätige "verwaltet"

Die öffentliche Hand ist nach dem Stand vom 2. 10. 1964 Arbeitgeber für fast 3 Mill. Personen. Das bedeutet, daß jeder zehnte Erwerbstätige in der Bundesrepublik im Dienste des Bundes, der Länder, der Gemeinden und ihrer Verbände steht. Dabei sind in dieser Zahl noch nicht das militärische Personal der Bundeswehr und der Vollzugsdienst des Bundesgrenzschutzes enthalten, sondern nur die Zivilverwaltungen. Die Zahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten ist also entsprechend größer, da außerdem noch Teilbeschäftigte hinzukommen. Der Bund ist für knapp 1,2 Mill. von ihnen der Arbeitgeber, die Länder für 1 Mill. und die Kommunen für 700 000.

Der landläufigen Meinung entgegen ist der Anteil der im öffentlichen Dienst Stehenden an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen rückläufig. Gegenüber 1957 hat sich nämlich die Zahl der Bediensteten um reichlich ein Zehntel erhöht und die der Erwerbstätigen um drei Zehntel. Daher waren 1957 relativ mehr Personen im öffentlichen Dienst tätig, nämlich

jeder Achte, als 1964. Rechnet man jedoch die Behördenbediensteten auf die Zahl der Einwohner um, so ergibt sich eine leichte Steigerung. Entfielen 1957 auf 1 000 Einwohner 47 Bedienstete, so sind es 1964 schon 50 gewesen. Der personelle Verwaltungsaufwand je Staatsbürger hat sich also erhöht. Dabei spielt jedoch der Wandel in der öffentlichen Verwaltung eine große Rolle. Nur zum geringeren Teil ist nämlich ihr Anwachsen auf Verwaltungsaufgaben im engeren Sinne zurückzuführen. Vielmehr ist das Tätigwerden des Staates auf ursprünglich nicht zur Verwaltung gehörenden Gebieten dafür verantwortlich. Hierbei wird insbesondere an die sozialen Einrichtungen und das Bildungswesen, aber auch an die Bundeswehrverwaltung gedacht. Das sogenannte Parkinson'sche Gesetz vom übermäßigen Anschwellen des Verwaltungsapparates bestätigt sich also beim näheren Hinsehen nicht unbedingt: Die veränderte Aufgabenstellung läßt den Staatsapparat immer mehr anwachsen. Die neuen Aufgaben haben nicht nur die Rationalisierungsbestrebungen und die Einsparungen in der eigentlichen Verwaltung aufgehoben, sondern überflügeln sie sogar. Neben dieser Ausweitung des Wirkungskreises, die zwangsläufig auf den Staat zukommt, sind der Staat und die kommunalen Gebietskörperschaften aber im erheblichen Umfang unternehmerisch tätig. Diese unternehmerische Tätigkeit ist mit der in der Bundesrepublik vertretenen Freien Marktwirtschaft nicht ohne weiteres vereinbar. Eliminiert man die Wirtschaftsunternehmen, zu denen auch Bundesbahn und Bundespost gehören, so ergibt sich, daß 1 000 Bundesbürger nicht von 50 Behördenbediensteten verwaltet werden, sondern nur von etwa 30.

Personal von Bund, Ländern und Gemeinden

Gebietskörperschaft	Vollbeschäftigte am 2. Oktober 1964			Zusammen
	Beamte	Ange-stellte	Arbeiter	
Bund	562 749	157 389	432 013	1 152 151
Länder	575 123	316 339	154 116	1 045 578
Gemeinden	125 460	302 838	262 224	690 522
Zusammen	1 263 332	776 566	848 353	2 888 251

Quelle: Wirtschaft und Statistik 1965 (Juni)

Obwohl der Aufbau der Bundeswehr in den letzten sieben Jahren besonders vorangetrieben wurde, hat die Zahl der Bundesbediensteten nicht so kräftig zugenommen wie die der Länder- und Kommunalbediensteten. Die Zahl der Bundesbediensteten nahm um ein Zehntel und die der Länder und Kommunen um etwa 15% zu. Das ist bei den Ländern vor allem auf die vermehrten Anstrengungen auf dem Gebiet des Bildungswesens und bei den Gemeinden auf die hohe Zunahme im Gesundheitswesen zurückzuführen.

In Schleswig-Holstein hat sich das Personal im öffentlichen Dienst seit 1957 bedeutend kräftiger erhöht als im Bundesgebiet insgesamt. Das ist jedoch nicht auf ein übermäßiges Anwachsen der Landes- oder der Kommunalbediensteten, sondern auf das der Bundesbediensteten zurückzuführen, die in Schleswig-Holstein um vier Zehntel zunahmen, während es im Bundesgebiet nur knapp ein Zehntel gewesen ist. Das steht mit dem Aufbau der Bundeswehrverwaltung und dem Wartungsdienst der Luftwaffen- und Marineeinrichtungen im Zusammenhang, der von Zivilpersonen wahrgenommen wird. Die Zahl der bei der Bundesbahn in Schleswig-Holstein Bediensteten hat demgegenüber abgenommen, während die der Bundespost zunahm. Die Entwicklung der Zahl der Landes- und auch der Kommunalbediensteten stimmt mit der der anderen Bundesländer überein.

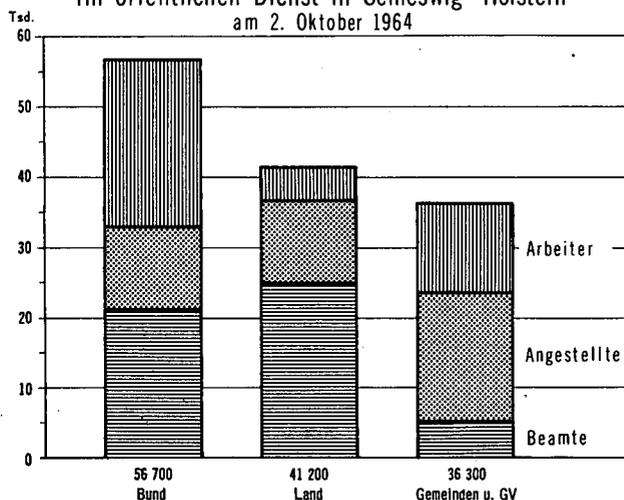
In Schleswig-Holstein Anteil des Verwaltungspersonals überdurchschnittlich

In Schleswig-Holstein ist der Anteil der im öffentlichen Dienst Beschäftigten an den Erwerbstätigen insgesamt etwas höher als im Bundesgebiet. Während im Bundesgebiet etwa jeder Zehnte im Staats-, Landes- oder Kommunaldienst steht, ist es in Schleswig-Holstein mehr als jeder Achte. Insgesamt waren am Stichtag 2. 10. 1964 in Schleswig-Holstein bei den Dienststellen und Einrichtungen des Bundes, des Landes und der Kommunen 134 000 Personen voll beschäftigt. Die meisten davon, nämlich gut vier Zehntel, standen im Dienst des Bundes, knapp ein Drittel in dem des Landes und weniger als drei Zehntel in dem der Kommunen. Der

Das Personal des Bundes, des Landes und der Gemeinden in Schleswig-Holstein am 2. Oktober 1964

Dienstherr	Zusammen	Beamte	Ange- stellte	Arbeiter
Bund	56 674	21 296	11 660	23 718
Land	41 204	24 692	11 741	4 771
Gemeinden	36 252	5 054	18 393	12 805
Insgesamt	134 130	51 042	41 794	41 294

D 3577 Das Anstellungsverhältnis des Personals " im öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein am 2. Oktober 1964



1) Vollbeschäftigte

Anteil der Bundesbediensteten ist in den letzten Jahren leicht gestiegen, während der des Landes unverändert blieb und der der Gemeinden entsprechend zurückging.

Gegenüber 1963 haben die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein um 3 600 zugenommen. Diese knapp 3% entsprechen etwa den Zuwachsraten in den vorangegangenen drei Jahren. Gut zwei Drittel dieser Zunahme entfielen auf die Bundesbediensteten, die sich um 2 400 erhöhten und nur wenig mehr als ein Sechstel und ein Siebtel auf die des Landes und der Gemeinden.

Die Beamten stellen von der Gesamtzahl fast vier Zehntel und die Angestellten und Arbeiter jeweils drei Zehntel. Die Struktur der Anstellungsverhältnisse hat sich damit gegenüber 1963 nicht verändert und gegenüber 1960 nur leicht, indem die Angestellten den zweiten Platz mit den Arbeitern tauschten.

Bundesbedienstete in Schleswig-Holstein

Bei den Bundesdienststellen waren am 2. 10. 1964 beinahe 57 000 Personen voll beschäftigt. Die Bundesbehörden und -betriebe stellen die Hälfte davon, wobei die Bediensteten der Wehrbereichsverwaltung und der Finanzverwaltung am zahlreichsten vertreten sind. Über 12 000 Personen sind bei der Bundesbahn und 15 000 bei der Bundespost beschäftigt. Zusammen also so viele wie bei den Bundesbehörden und -betrieben. Die restlichen 1 500 teilen sich auf die Wirtschaftsunternehmen und -anstalten auf. Das sind u. a. das Kraftfahrtbundesamt in Flensburg, die Bundesversuchs- und Forschungsanstalt für Milchwirtschaft in Kiel und der Deutsche Wetterdienst.

Insgesamt hat das Personal der Bundesdienststellen in Schleswig-Holstein seit 1963 um 4% zugenommen. Besonders hoch war die Zuwachsrate mit 8% bei den Behörden. Das ist hauptsächlich auf die Vermehrung des Verwaltungsapparates der Bundeswehr zurückzuführen. Das Personal der Bundespost hat dagegen nur um knapp 2% zugenommen und das der Bundesbahn nahm sogar, wie auch im Vorjahr, ebenso wie das der Anstalten des Bundes leicht ab.

Die Arbeiter dominieren unter den Bundesbediensteten. Sie stellen gut vier Zehntel des gesamten Personals. Die Anzahl der Beamten ist jedoch mit beinahe vier Zehnteln nicht viel geringer. Die Angestellten machen dagegen nur ein Fünftel aus. In den einzelnen Dienststellen ist die Anstellungsstruktur recht unterschiedlich. Bei der Bundesbahn und der Bundespost herrscht die Anstellungsform der Beamten mit jeweils gut der Hälfte und sechs Zehnteln vor. Die Behörden und Betriebe haben dagegen hauptsächlich Arbeiter (fast die Hälfte) und die Anstalten überwiegend Angestellte (drei Viertel) beschäftigt. Das Übergewicht der Arbeiter bei den Bundesbehörden ist vor allem auf ihre große Zahl bei der Wehrbereichsverwaltung zurückzuführen, während das der Beamten bei Bundesbahn und Bundespost durch die hoheitlichen Aufgaben, die selbst Schaffner und Briefträger erfüllen, bedingt ist. Bei den Bundesanstalten sind dagegen häufig wissenschaftliche Mitarbeiter im Angestelltenverhältnis beschäftigt, die Forschungsaufträge u. ä. durchführen.

Bezieht man das Personal der Bundesdienststellen auf die Zahl der Einwohner in Schleswig-Holstein, so ergibt sich eine relativ kleine Zahl. Auf 1 000 Einwohner entfallen nämlich 24 Bundesbedienstete.

Landesbedienstete

Das Land war zum Stichtag 2. 10. 1964 für 41 000 Personen der Arbeitgeber. Der größte Teil davon, nämlich drei Zehntel, entfällt auf den Aufgabenbereich Unterricht, wovon wiederum die meisten als Volksschullehrer tätig sind. Nimmt man die Bereiche Unterricht, Wissenschaft und Kunst zusammen, so üben fast vier Zehntel der Landesbediensteten eine kulturelle Tätigkeit im weiteren Sinne aus. Der nächst personalstärkste Aufgabenbereich ist die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Allerdings sind nur ein Achtel aller vollbeschäftigten Landesbediensteten Polizisten. Im Verhältnis zum Bereich Kultur also eine kleine Zahl. Etwa ein Zehntel der Landesbediensteten vertreten die dritte Gewalt im Lande: den Rechtsschutz. Hauptsächlich

handelt es sich um bei ordentlichen Gerichten (Amtsgericht, Landgericht, Oberlandesgericht) und den Staatsanwaltschaften Beschäftigte. Weniger als ein Zehntel sind in der Finanzverwaltung, also bei den Finanzämtern, beschäftigt. Relativ gering ist die Zahl der Beamten, Angestellten und Arbeiter in den Ministerien. Nur jeder 20. Landesbedienstete ist in einem Ministerium tätig.

Die Anzahl der Landesbediensteten hat sich nicht sehr geändert. Sie erhöhte sich um 1,5%. Die Zuwachsrate bewegt sich damit im Rahmen der vorjährigen. Fast unverändert blieb die Zahl der Beamten, die der Angestellten erhöhte sich dagegen um über 2% und die der Arbeiter sogar um mehr als 7%. Unter den gewichtigeren Aufgabenbereichen ist vor allem der Rückgang der Zahl der Lehrer auffällig. Dieser Rückgang ist nicht so sehr auf erhöhte Abgänge zurückzuführen als vielmehr darauf, daß die Ausbildung der Volksschullehrer 1964 von vier auf sechs Semester verlängert wurde. Nur ganz wenige Absolventen der beiden Pädagogischen Hochschulen haben 1964 ihre Prüfung abgelegt und sind in den Schuldienst eingetreten. Die Zahl der Volksschullehrer nahm deshalb um 150 ab, während sonst jährlich etwa ebenso viele hinzukommen. Das Lehrpersonal der anderen Schularten nahm demgegenüber wie in den Vorjahren zu. Die größten Veränderungen haben im Bereich Wasserwirtschaft und Kultur stattgefunden. Die Zahl der Beschäftigten nahm um ein Viertel zu und stellt damit den weitaus größten Teil der Zunahme aller Landesbediensteten. Es handelt sich fast ausschließlich um Arbeiter mit Zeitvertrag, die kurzfristig für den Küstenschutz eingesetzt worden sind. Von den gewichtigeren Bereichen nahm daneben noch die Wissenschaft überdurchschnittlich zu, während die Zahl der Polizisten leicht abnahm.

Im Gegensatz zu den Bundesbediensteten dominieren bei den Landesbediensteten die Beamten. Sechs Zehntel von ihnen sind Beamte. Die Angestellten stellen knapp drei Zehntel und die Arbeiter ein Neuntel. Diese Struktur hat sich in den letzten vier Jahren kaum verschoben. Im Gegensatz zur Gesamtstruktur sind bei den Wirtschaftsunternehmen des Landes, deren Beschäftigte in der folgenden Tabelle nicht enthalten sind, die Arbeiter am zahlreichsten. Das gleiche gilt für den Aufgabenbereich Wasserwirtschaft und Kulturbau. Erwartungsgemäß sind jedoch über neun Zehntel des Personals der Bereiche Unterricht und öffentliche Sicherheit und Ordnung Beamte. In den Krankenhäusern und in der Bauverwaltung herrscht dagegen das Angestelltenverhältnis vor. Auch im Bereich

Die Landesbediensteten nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	Vollbeschäftigte am 2. 10. 1964				dagegen 2. 10. 1963
	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Zusammen	
Insgesamt	24 569	11 699	4 409	40 677	40 051
darunter					
Oberste Staatsorgane	1 003	828	153	1 984	1 926
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4 855	311	156	5 322	5 330
Polizei	4 852	284	142	5 278	5 291
Rechtsschutz	2 774	1 255	100	4 129	4 063
Ordentliche Gerichte und Staats- anwaltschaften	2 324	973	93	3 390	3 317
Finanzverwaltung	2 131	1 241	71	3 443	3 446
Unterricht	11 347	884	91	12 322	12 353
Volksschulen	6 754	467	6	7 227	7 375
Wissenschaft	1 030	1 660	858	3 548	3 385
Soziale Angelegenheiten	461	780	79	1 320	1 345
Gesundheit, Sport und Leibesübungen	122	1 402	423	1 947	1 921
Wasserwirtschaft und Kulturbau	204	606	1 070	1 880	1 499
Verkehr	151	633	997	1 781	1 748
Bauverwaltung und Wohnungswirtschaft	293	1 431	283	2 007	1 984

Wissenschaft sind die Angestellten durch die Hochschulkliniken zahlreicher als die beiden anderen Anstellungsformen.

Unter den Angestellten und Arbeitern des Landes haben eine relativ kleine Zahl, nämlich 1 600, einen Zeitvertrag, d. h. sie werden für Aufgaben von begrenzter Dauer eingesetzt. Sie wurden am häufigsten in den Hochschulkliniken und den Marschenbauämtern verwendet. Ihre Zahl hat sich gegenüber 1963 um fast die Hälfte erhöht.

Zu den Vollbeschäftigten kommt noch eine geringe Zahl von Teilbeschäftigten hinzu. Knapp 1 500 Personen arbeiten stundenweise, halbtags oder nur an einigen Tagen in der Woche im öffentlichen Dienst, und zwar hauptsächlich an Gerichten und Universitäten. Ihre Anzahl hat sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert.

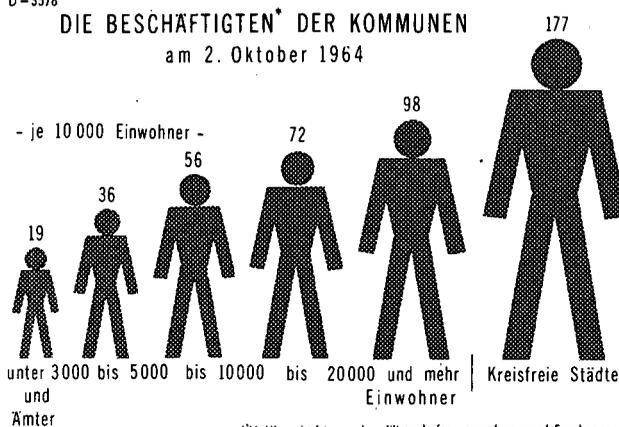
Kommunalverwaltung

Die kreisfreien Städte, die kreisangehörigen Gemeinden, die Ämter und die Kreisverwaltungen waren Dienstherr für mehr als 36 000 vollbeschäftigte Personen. Gut 26 000 waren davon in der eigentlichen Verwaltung, über 7 000 in den wirtschaftlichen Unternehmen und fast 3 000 bei den Sparkassen beschäftigt. Die Verwaltungsbediensteten der kommunalen Gebietskörperschaften standen fast zur Hälfte im Dienst der kreisfreien Städte, zu drei Zehnteln in dem der kreisangehörigen Gemeinden und Ämter und zu einem Fünftel in dem der Kreise. Die kleinen Gemeinden beschäftigten nur wenige Personen, da sie häufig mit anderen zu Ämtern zusammengeschlossen

sind. Aber selbst wenn man den Verwaltungsapparat der kleinen Gemeinden und der Ämter zusammenfaßt, so ist ihr Personal auf die Einwohner bezogen immer noch am geringsten. Der Personalbedarf der Kommunen wächst mit steigender Größenklasse. In den Gemeinden unter 3 000 Einwohnern entfallen auf 10 000 Einwohner, selbst wenn man die Ämter einbezieht, nur 19 Bedienstete, auf die Größenklasse 3 000 bis 5 000 Einwohner schon 36 und auf die kreisfreien Städte sogar 177. Im Mittel ergibt das 109 Bedienstete. Diese Bezugszahl ist unverändert geblieben, in den einzelnen Größenklassen aber gegenüber 1963 teilweise erheblich zurückgegangen, obwohl die Gesamtzahl der Kommunalbediensteten leicht angestiegen ist. Besonders in den unteren Größenklassen ist die Zahl der vollbeschäftigten Bediensteten, die auf 10 000 Einwohner entfällt, kräftig gesunken. In den kreisfreien Städten und den kreisangehörigen Gemeinden mit 5 000 bis 10 000

0-3578

DIE BESCHÄFTIGTEN* DER KOMMUNEN
am 2. Oktober 1964



Die Beschäftigten der Gemeinden und Kreise

Gemeindegröße	Vollbeschäftigte am 2. 10. 1964				dagegen 2. 10. 1963
	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Zusammen	
	je 10 000 Einwohner				
Gemeinden mit					
weniger als 3 000	0,4	1,9	3,1	5,5	14,5
3 000 bis unter 5 000	5,1	16,5	14,1	35,8	42,4
5 000 " " 10 000	9,1	26,7	19,9	55,7	53,9
10 000 " " 20 000	11,2	35,9	24,5	71,6	80,5
20 000 und mehr Einwohnern	12,2	50,0	35,8	98,0	99,2
Kreisfreie Städte	36,8	78,7	61,6	176,6	175,1
Kreise	5,8	20,5	7,2	33,4	33,4
Ämter	3,1	10,0	0,2	13,3	13,4
Zusammen	19,9	55,3	34,0	109,3	109,1

Einwohnern nahm dagegen die Relation leicht zu, während sich die der Kreise nicht veränderte. Daß bei den Kreisverwaltungen auf 10 000 Einwohner nur 33 Bedienstete im Gegensatz zu den 177 der kreisfreien Städte entfallen, überrascht nicht, da ihre Verwaltungsaufgaben auf die des Kreises beschränkt sind, während die der Städte auch noch rein gemeindliche umfassen.

Die unterschiedlichen Aufgabenbereiche der kommunalen Gebietskörperschaften spiegeln sich auch in der andersgearteten Struktur der Anstellungsverhältnisse wider. Im Gegensatz zu den Bundes- und Landesbediensteten sind nur ein kleiner Teil der kommunalen Bediensteten Beamte. Von den 26 000 Beschäftigten der Kommunalverwaltungen standen ein Sechstel in einem beamtenrechtlichen Dienstverhältnis, über die Hälfte waren dagegen Angestellte und gut drei Zehntel Arbeiter. Mehr als die Hälfte der Beamten

standen im Dienst der kreisfreien Städte. Zusammen mit den Kreisen und Ämtern sind es sogar drei Viertel.

Der Anteil der Beamten an der Gesamtzahl der Vollbeschäftigten ist in den einzelnen Gemeindegrößenklassen recht gleichmäßig. Nur die kreisfreien Städte mit einem Fünftel und die Ämter mit fast einem Viertel ragen etwas heraus.

Die Zahl der Vollbeschäftigten mit Zeitvertrag ist bei den kommunalen Gebietskörperschaften gering. Nicht ganz unbedeutend ist dagegen die Zahl der Teilbeschäftigten. Über 4 000 Personen gingen einer Teilbeschäftigung bei den kommunalen Verwaltungen nach; über die Hälfte davon bei den kreisfreien Städten und Kreisen.

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Vergleiche auch: "Das Personal am 2. Oktober 1963" in Stat. Monatsh. S.-H. 1964, S. 192 (August)

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, Ø = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt

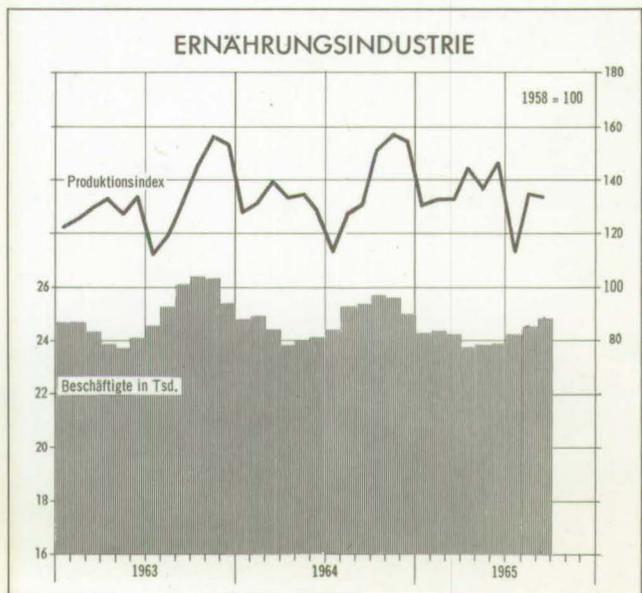
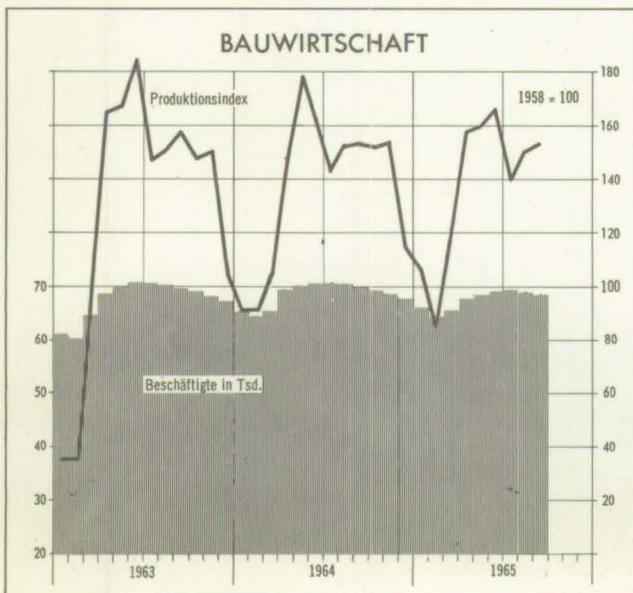
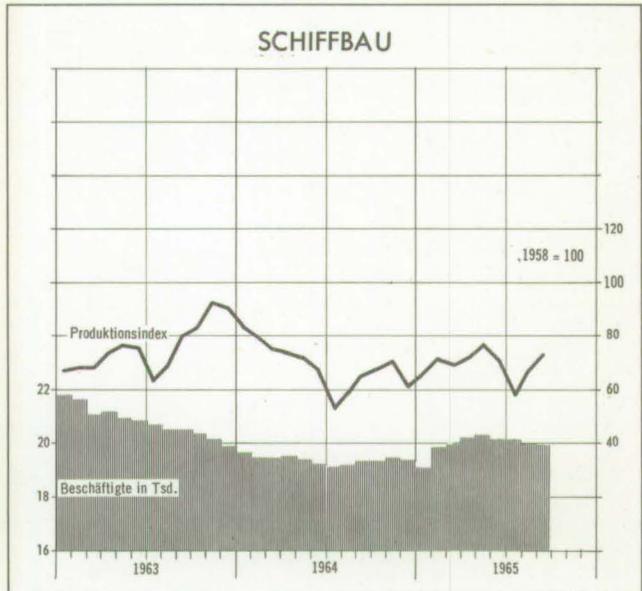
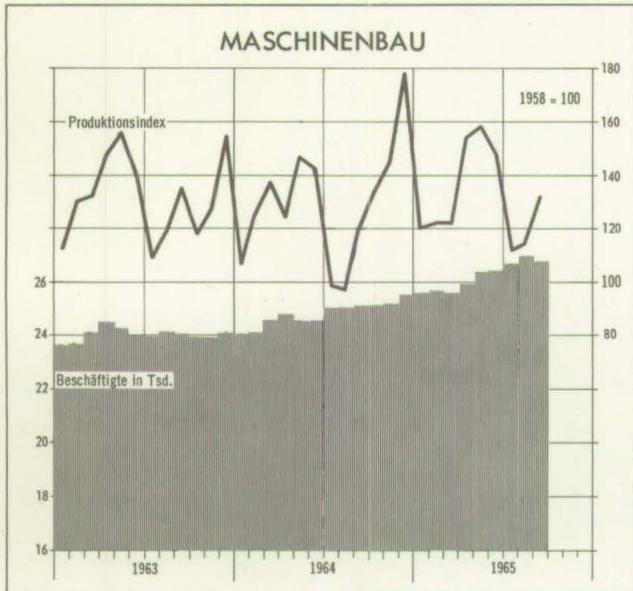
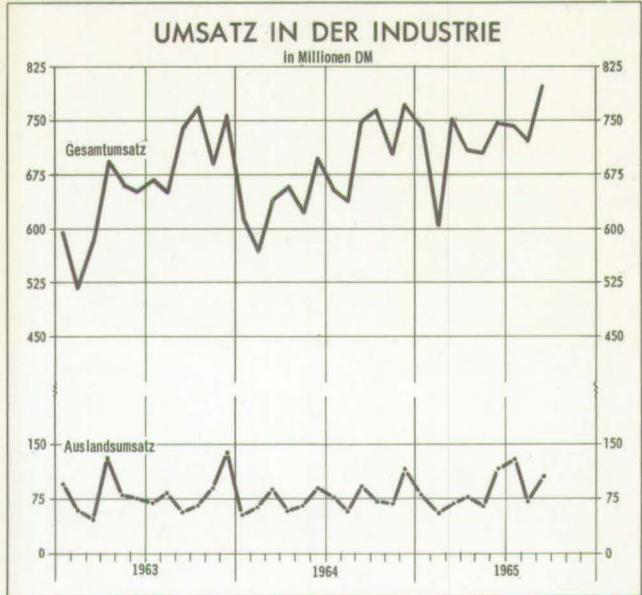
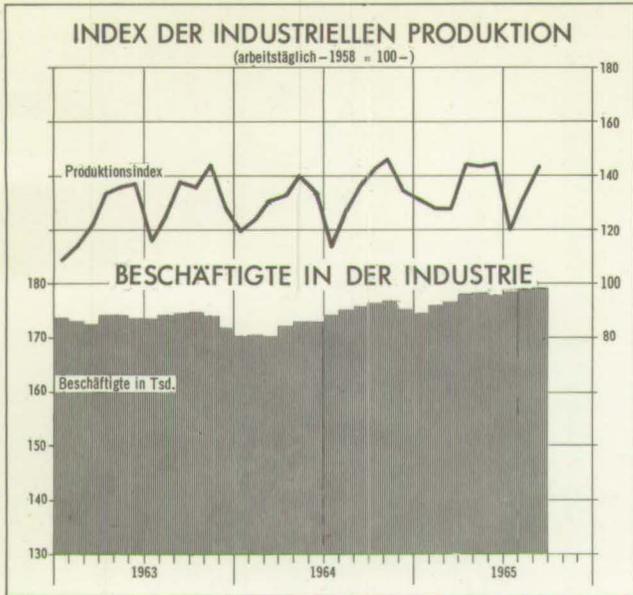
oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

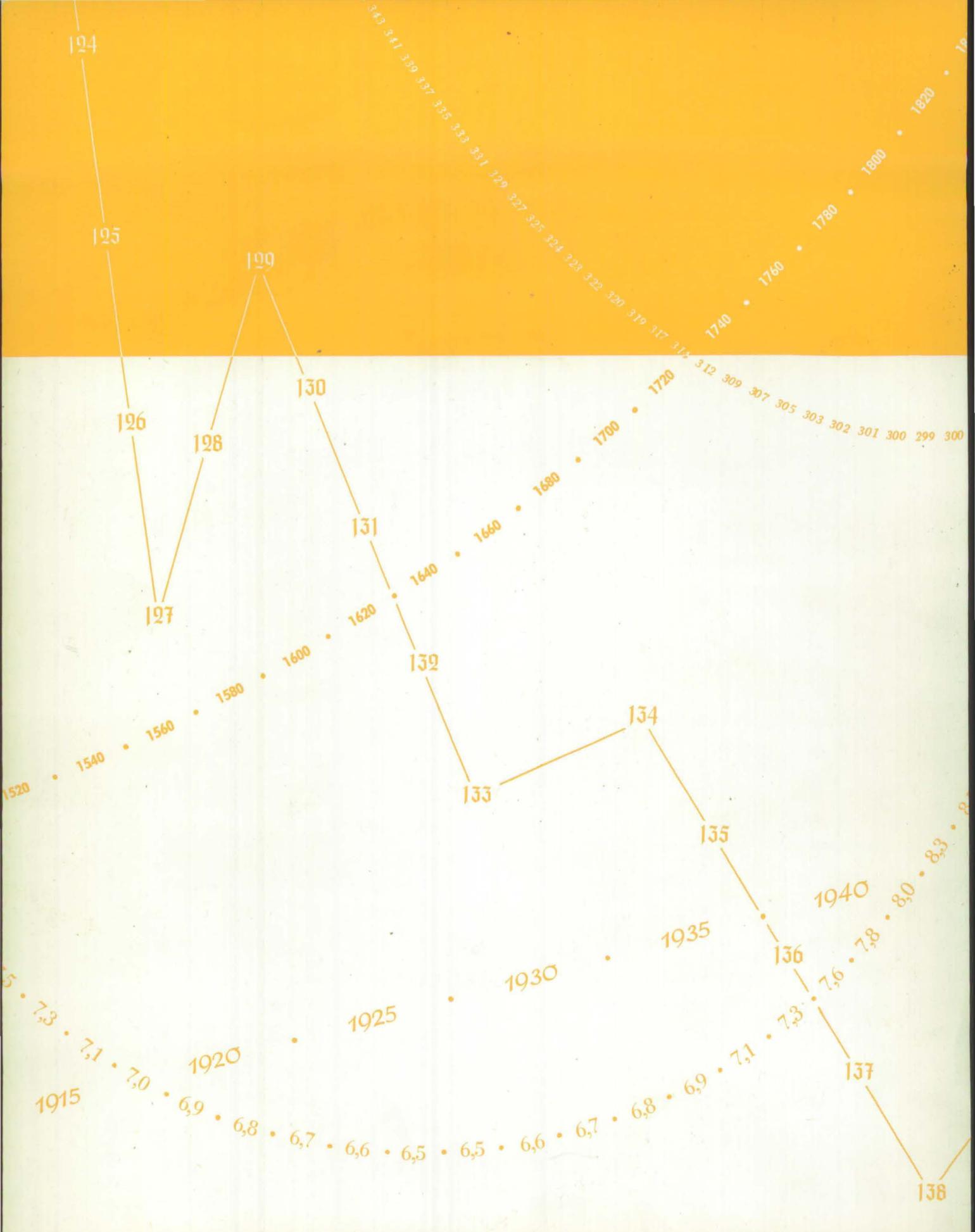
Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen; Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 36 02
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Dipl.-Volksw. Lieselotte Korscheya
 Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 20,- DM
 - Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen